

Engagement in Krisengebieten

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2014). *Engagement in Krisengebieten*. (Berichte für das Bundespresseamt). . <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-458748>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Engagement in Krisengebieten

INHALT

	Seite
WACHSENDES BEDROHUNGSGEFÜHL.....	1
SICHERHEIT DURCH BÜNDNISPARTNER	8
ENGAGEMENT IN KRISENREGIONEN	14
DIFFERENZIERTE HALTUNG ZU AUSLANDS- EINSÄTZEN DER BUNDESWEHR.....	21
 <u>TABELLEN-TEIL</u>	
	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I
 TABELLEN	
	Tabelle
<u>Gefahrensituationen</u>	
Müssen wir mit einem neuen Weltkrieg rechnen?.....	1
Kommt es in den letzten Jahren weltweit häufiger zu gewaltsamen Konflikten und Krisen?.....	2
Wie stark beunruhigt einen die zunehmende Zahl an gewaltsamen Konflikten und Krisen in der Welt?	3 a,b
Einschätzung der Gefahr, die -	
• in Deutschland von radikalen islamischen Gruppen ausgeht	4
• weltweit von radikalen islamischen Gruppen ausgeht.....	5
Krisen, die für so gefährlich gehalten werden, dass davon auch für Deutschland eine Gefahr ausgehen könnte	6 a,b
Hat sich der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine in den letzten Wochen beruhigt?	7

Tabelle

Wie stark beunruhigt einen das Vorgehen der Terrororganisation "Islamischer Staat" (IS)?	8
--	---

Internationales Engagement Deutschlands

Sollte Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen?	9
Situationen, in denen sich Deutschland in Krisengebieten engagieren sollte	10 a-d
Situationen, in denen Auslandseinsätze der Bundeswehr gerechtfertigt sind	11 a-d
Engagement Deutschlands in Krisengebieten, das die Bevölkerung in Ordnung findet	12 a-d
Sollte sich Deutschland bei Konflikten in der Welt militärisch stärker engagieren?	13
Sollte sich die Bundeswehr auch zukünftig an Auslandseinsätzen beteiligen?	14
Lassen sich Auslandseinsätze der Bundeswehr vermeiden?	15

Gefahrenmanagement

Möglichkeiten, wie Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen kann	16 a,b
Vorgehensweisen gegen den internationalen Terrorismus	17 a-f
Vorgehensweisen gegen die Terrororganisation IS	18 a,b
Beurteilung der Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland	19
Einschätzung der Erfolgsbilanz -	
• der Militäreinsätze, an denen Deutschland in den letzten Jahren beteiligt war	20
• des internationalen Militäreinsatzes in Afghanistan	21
• des Militäreinsatzes der USA im Irak	22

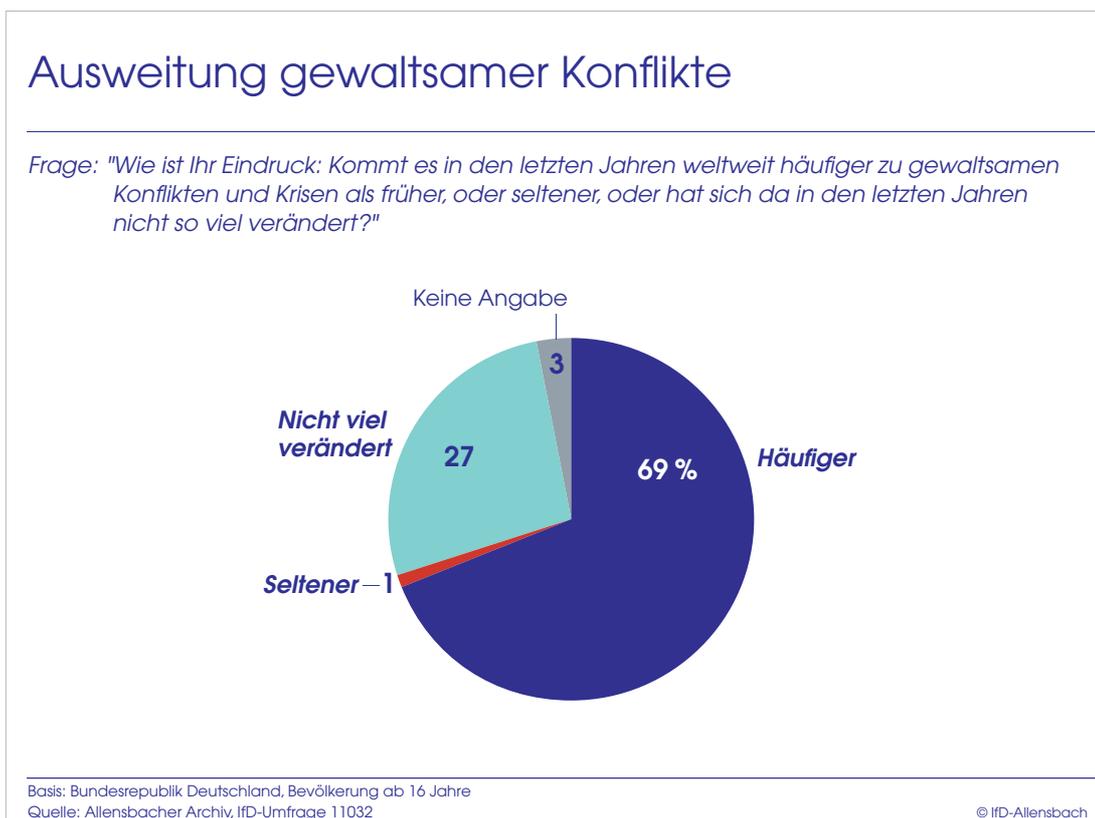
ANHANG

Untersuchungsdaten	
Statistik der befragten Personengruppe	
Fragebogenauszug mit Anlagen	

WACHSENDES BEDROHUNGSGEFÜHL

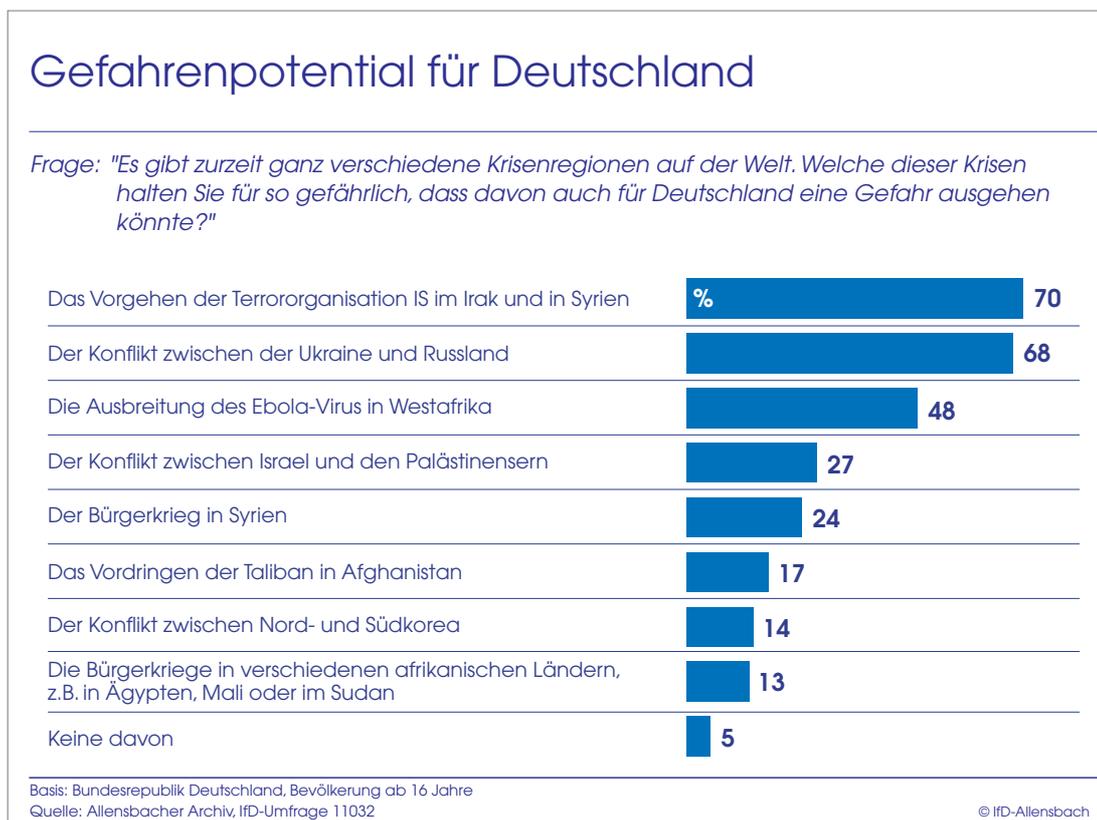
Die gewaltsamen Krisen und Konflikte, die dieses Jahr wesentlich geprägt haben, lassen die deutsche Bevölkerung keineswegs unbeeindruckt. Der überwältigenden Mehrheit ist bewusst, dass sich diese Krisen und instabilen Situationen in einigen Weltregionen häufen. 69 Prozent der Bürger haben den Eindruck, dass es seit einiger Zeit weltweit verstärkt zu gewaltsamen Konflikten und Krisen kommt; nur eine verschwindende Minderheit von 1 Prozent der Bevölkerung geht heute noch von einer Beruhigung der internationalen Spannungslagen aus.

Schaubild 1



Von einigen dieser Krisen und Konflikte gehen nach Einschätzung der großen Mehrheit auch unmittelbare Gefahren für Deutschland aus. Das gilt insbesondere für das Vordringen der Terrororganisation IS im Irak und in Syrien und für den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland. 70 Prozent der Bürger assoziieren die Terrororganisation IS mit Gefahren für Deutschland, 68 Prozent auch den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland. Jeder Zweite befürchtet darüber hinaus Gefahren für Deutschland durch die Ausbreitung des Ebola-Virus, rund jeder Vierte durch den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern oder den Bürgerkrieg in Syrien.

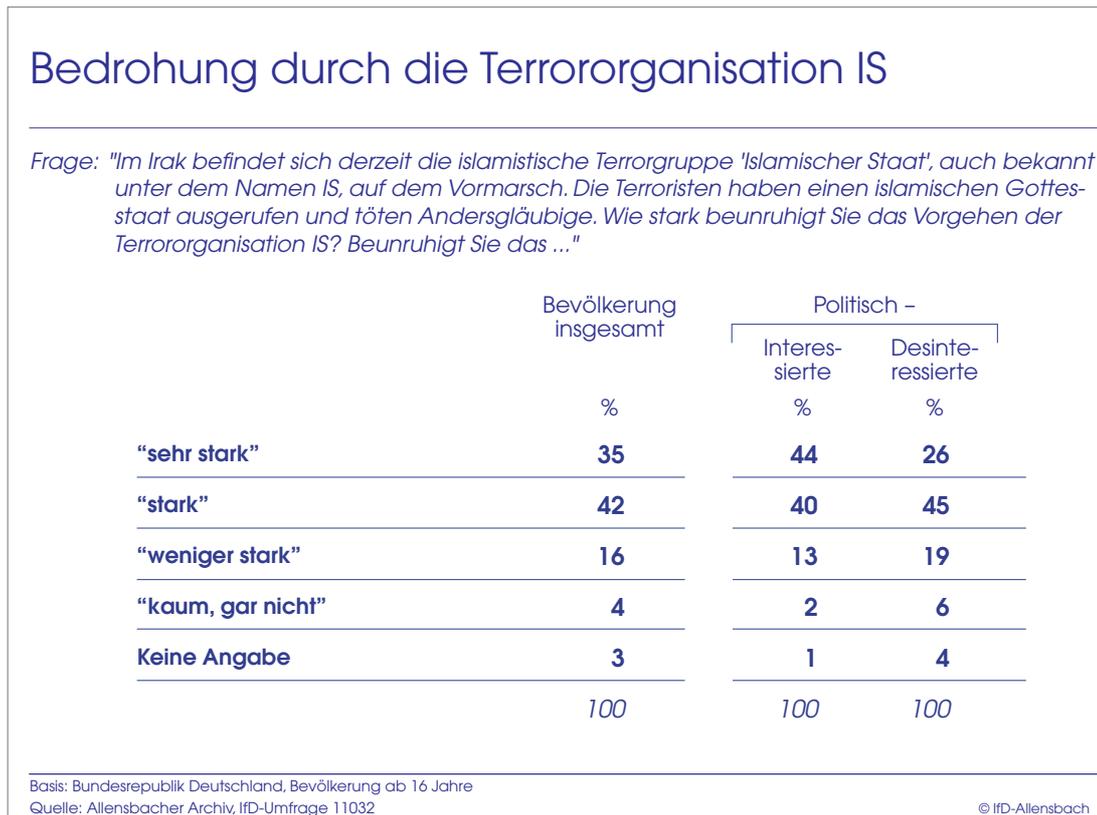
Schaubild 2



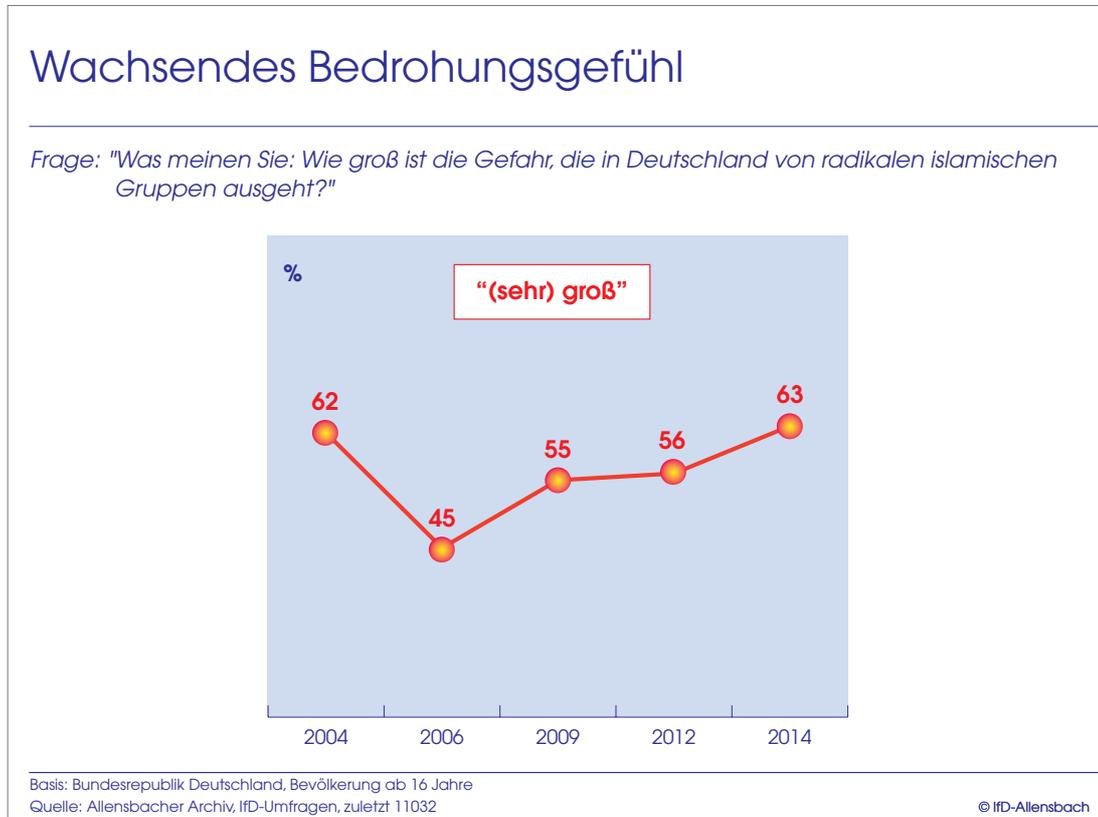
Der Vormarsch und das Vorgehen der Terrororganisation IS beunruhigen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere die politisch interessierten Bevölkerungskreise erheblich. 77 Prozent der Bevölkerung, 84 Prozent

der politisch Interessierten beunruhigt das Vorgehen dieser Organisation stark oder sehr stark. Nur eine verschwindende Minderheit von 4 Prozent sieht derzeit keinerlei Anlass zur Beunruhigung.

Schaubild 3

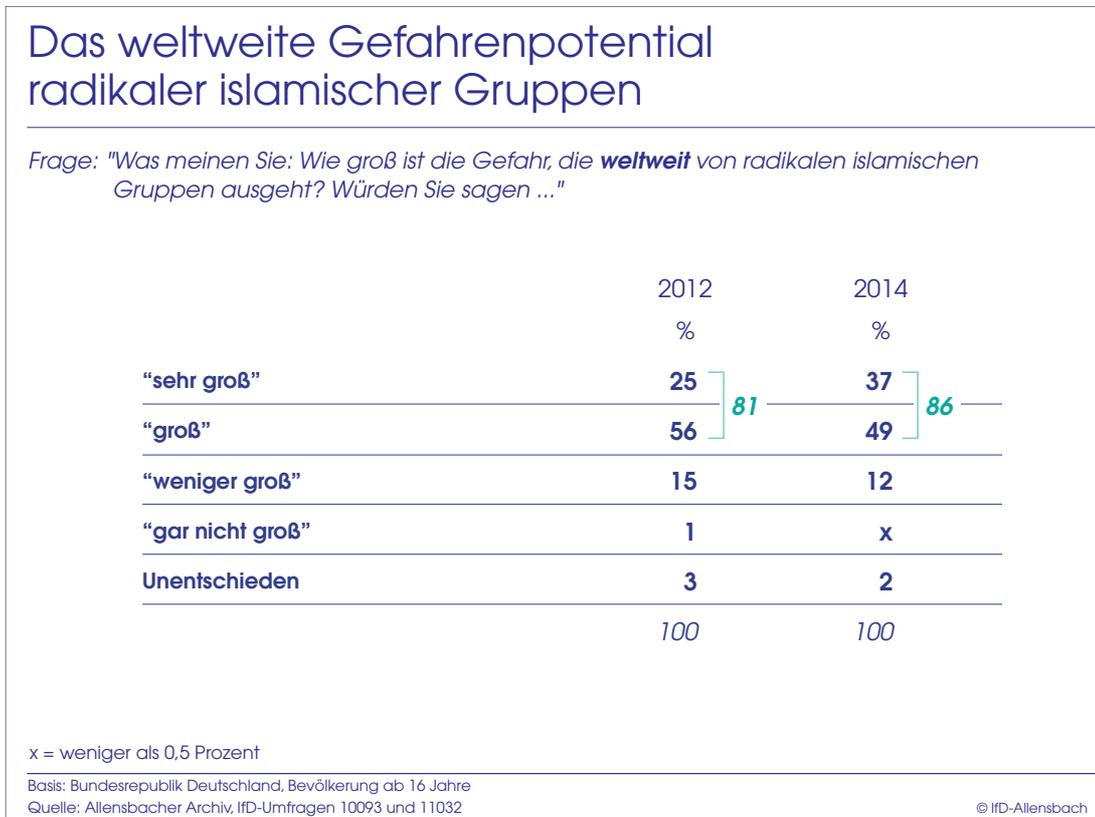


Die Gefahr durch radikale islamische Gruppen wird aufgrund der Ereignisse zunehmend größer eingeschätzt. 63 Prozent der Bürger schätzen die Gefahren, die von radikalen islamischen Gruppen für Deutschland ausgehen, als groß oder sehr groß ein. Vergleichbar kritisch wurde die Situation zuletzt vor zehn Jahren eingeschätzt. Danach gingen die Befürchtungen, die sich mit radikalen islamischen Gruppierungen verbinden, steil zurück. 2006 hielten lediglich 45 Prozent der Bürger die Gefahren, die in Deutschland von radikalen islamischen Gruppen ausgehen, für groß oder sogar sehr groß, 2009 und 2012 55 bzw. 56 Prozent.



Noch kritischer beurteilen die Bürger die Gefahren, die weltweit von radikalen islamischen Gruppierungen ausgehen. Schon 2012 stuften 81 Prozent diese Gefahren als groß oder sehr groß ein, aktuell 86 Prozent. Der Anteil, der die Gefahren sogar als „sehr groß“ einschätzt, hat sich in den letzten zwei Jahren von 25 auf 37 Prozent erhöht.

Schaubild 5



Auch der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine wird weiterhin als erhebliches Gefahrenpotential gesehen. Nur eine Minderheit der Bevölkerung hat den Eindruck, dass sich der Konflikt in den letzten Wochen beruhigt hat. Die Mehrheit, insbesondere die große Mehrheit der politisch Interessierten, sieht keinerlei Beruhigung und hält entsprechend eine neuerliche Eskalation für möglich.

Andauernder Ukraine-Konflikt

Frage: "Wie sehen Sie das: Hat sich der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine in den letzten Wochen beruhigt, oder ist das nicht der Fall?"

	Bevölkerung insgesamt	Politisch -	
		Interes- sierte	Desinte- ressierte
	%	%	%
Beruhigt	21	21	21
Nicht der Fall	56	63	49
Hat sich verschärft	5	5	5
Unentschieden, keine Angabe	18	11	25
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032

© IfD-Allensbach

Gerade in Verbindung mit dem Vorgehen Russlands in der Ukraine ist in den letzten Monaten häufiger vor der Gefahr eines neuen Weltkriegs gewarnt worden. Eine relative Mehrheit der Bürger ist zwar auch heute überzeugt, dass niemand mehr einen derart großen Krieg riskieren wird. 21 Prozent befürchten, dass ein neuer Weltkrieg keineswegs unwahrscheinlich ist, 46 Prozent halten dagegen, dass niemand mehr dieses Risiko eingehen wird; ein sehr großer Anteil der Bevölkerung traut sich hier kein Urteil zu. Dieser Anteil ist heute größer als bei früheren Messungen. Die Trendanalyse zeigt, dass die Überzeugung, dass niemand mehr einen großen Krieg riskieren wird, wiederholt erschüttert wurde. Am Beginn der 90er Jahre waren 58 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass niemand mehr einen großen Krieg riskieren wird, Ende der 90er Jahre dagegen nur 47 Prozent. In den folgenden Jahren nahm diese Überzeugung wieder auf 60 Prozent zu, sackte dann

aber im Sommer 2014 unter dem Eindruck der Ukraine-Krise auf den bislang niedrigsten Stand von 42 Prozent. Durchgängig zeigen alle Indikatoren ein signifikant gewachsenes Gefahrenbewusstsein der Bevölkerung.

Schaubild 7

Kriegsängste

Frage: "Finden Sie, wir müssen damit rechnen, dass noch einmal ein neuer Weltkrieg kommt, oder glauben Sie, es wird niemand mehr einen großen Krieg riskieren?"

	1991	1999	2000	Aug. 2014	Nov. 2014
	%	%	%	%	%
Mit Weltkrieg rechnen	16	28	13	26	21
Wird niemand riskieren	58	47	60	42	46
Unentschieden	26	23	26	30	33
Andere Antwort	x	2	1	2	-
	100	100	100	100	100

x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11032

© IfD-Allensbach

SICHERHEIT DURCH BÜNDNISPARTNER

Angesichts des wachsenden Bedrohungsgefühls in der Bevölkerung ist die Frage, welche Konsequenzen sie daraus zieht. Für die meisten steht außer Frage, dass die Sicherheitsinteressen Deutschlands am besten in internationalen Bündnissen verfolgt werden können: durch die Mitgliedschaft in der NATO, eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU und eine Stärkung der Vereinten Nationen. 70 Prozent der Bürger sehen die Sicherheit Deutschlands am besten durch die Mitgliedschaft in der NATO geschützt, 65 Prozent auch durch eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, 56 Prozent durch eine Stärkung der Vereinten Nationen. Die Hoffnungen auf eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU schließen allerdings bei den meisten nicht ein eigenständiges Verteidigungsbündnis der EU-Staaten mit einer eigenen Armee ein. Während zwei Drittel sich eine engere Kooperation bei Sicherheitsfragen wünschen, glauben nur 29 Prozent, dass ein eigenständiges europäisches Verteidigungsbündnis besonders geeignet wäre, die Sicherheit Deutschlands zu garantieren. Dies ist aus Sicht der Mehrheit überflüssig, da es das gemeinsame Militärbündnis NATO gibt. So wenig wie die Bevölkerung ein eigenständiges europäisches Verteidigungsbündnis wünscht, so wenig verspricht sie sich bei dem Thema Sicherheit von besonders engen Beziehungen zu den USA. Auch deutliche höhere Verteidigungsausgaben in Deutschland und Einsätze der Bundeswehr zur Lösung von Konflikten außerhalb Europas hält nur eine Minderheit für besonders geeignet, um die Sicherheitsinteressen Deutschlands zu verfolgen. Politisch interessierte Bevölkerungskreise messen nicht nur der Mitgliedschaft in der NATO, sondern auch einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, der Stärkung der Vereinten Nationen und einer Ausweitung der Verteidigungsausgaben überdurchschnittlich Bedeutung bei.¹ Auch Ost und West urteilen in dieser Frage teilweise unterschiedlich. So misst die westdeutsche Bevölkerung signifikant mehr als die ostdeutsche sowohl der Mitgliedschaft in der NATO große Bedeutung für die Sicherheitsinteressen des Landes zu, aber auch besonders engen Beziehungen zu den

¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 16 a)

USA, Einsätzen der Bundeswehr außerhalb Europas und deutlich höheren Verteidigungsausgaben.

Schaubild 8

Garanten deutscher Sicherheitsinteressen

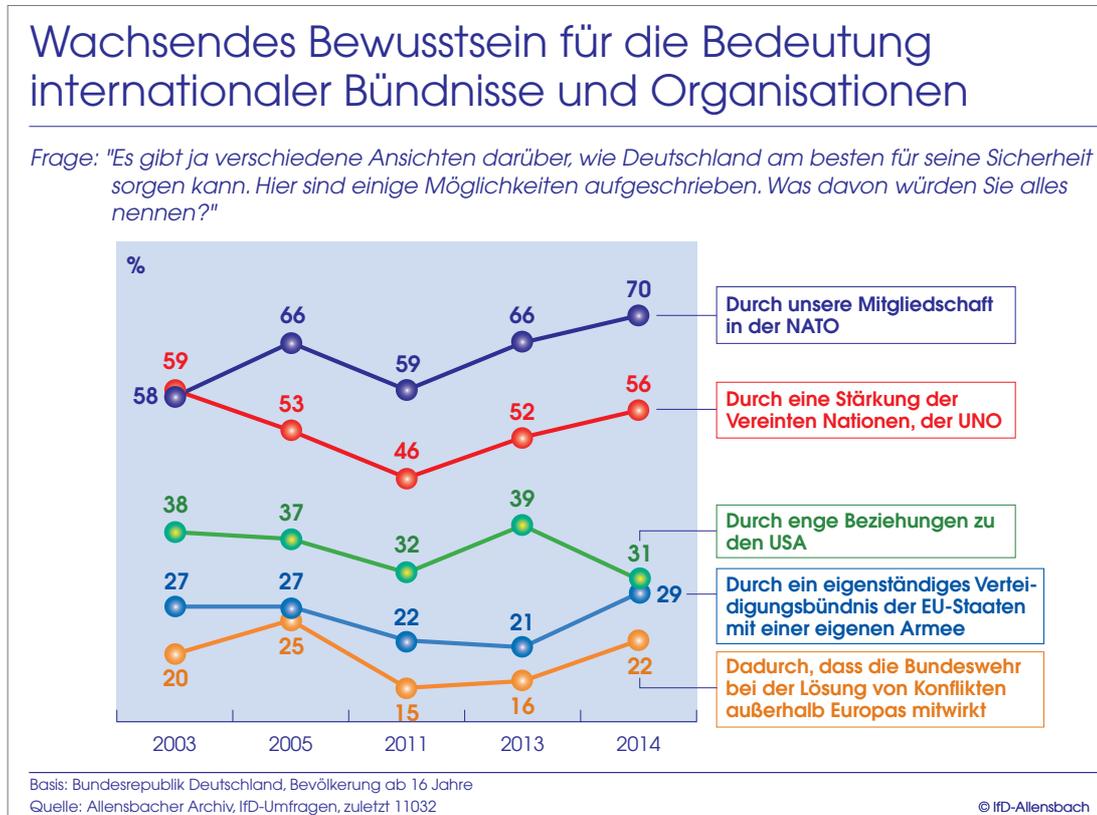
Frage: "Es gibt ja verschiedene Ansichten darüber, wie Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen kann. Hier sind einige Möglichkeiten aufgeschrieben. Was davon würden Sie alles nennen?"

	Bevölkerung insgesamt %	West %	Ost %
Durch unsere Mitgliedschaft in der NATO	70	72	60
Durch eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU	65	66	61
Durch eine Stärkung der Vereinten Nationen, der UNO	56	56	55
Durch enge Beziehungen zu den USA	31	35	16
Durch ein eigenständiges Verteidigungsbündnis der EU-Staaten mit einer eigenen Armee	29	29	29
Durch deutlich höhere Verteidigungsausgaben in Deutschland	24	25	16
Dadurch, dass die Bundeswehr bei der Lösung von Konflikten außerhalb Europas mitwirkt	22	24	12
Nichts davon	3	3	2

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032

© IfD-Allensbach

Angesichts der Eskalation vieler Krisen in den letzten ein, zwei Jahren ist das Bewusstsein für die Einbindung in internationale Bündnisse und für die Bedeutung internationaler Organisationen wieder deutlich gewachsen. Das gilt sowohl für die Mitgliedschaft in der NATO wie für die Bedeutung der Vereinten Nationen. 2011 maßen nur noch 58 Prozent der Bevölkerung der Mitgliedschaft in der NATO besondere Bedeutung für die Sicherheit Deutschlands zu, 2013 66 Prozent, aktuell 70 Prozent – der höchste Wert, der in den letzten zehn Jahren gemessen wurde. Auch einem gemeinsamen Verteidigungsbündnis der EU-Staaten wird heute größere Bedeutung beigemessen als in den Jahren zuvor.



In Bezug auf die Eindämmung der Risiken, die von dem internationalen Terrorismus ausgehen, verspricht sich die Bevölkerung am meisten von Reisebeschränkungen, Überwachung, Kontensperrungen, von internationaler Kooperation der Sicherheitskräfte und von Wirtschaftssanktionen gegen Länder, die Terroristen unterstützen. 83 Prozent plädieren für Reisebeschränkungen für Anhänger von terroristischen Gruppen, ebenso viele für die konsequente Überwachung von Terrorverdächtigen, 75 Prozent für die Sperrung der Konten von Terroristen und ihren Unterstützern. 72 Prozent halten es für aussichtsreich, Wirtschaftssanktionen gegen Länder zu verhängen, die Terrororganisationen unterstützen, ebenso viele halten es für wichtig, dass Polizei und Geheimdienste der verschiedenen Länder schnell und effizient ihre Daten über Terroristen bzw. Terrorverdächtige austauschen. Knapp zwei Drittel fordern auch eine internationale Behörde, die

Informationen über Terroristen sammelt und den verschiedenen Ländern zur Verfügung stellt.

Die Risiken, die durch den internationalen Terrorismus entstehen, unterminieren auch Ängste vor einer Aushöhlung des Datenschutzes. So fordert die Mehrheit, dass auch in möglichst vielen Ländern bei der Einreise persönliche Daten erhoben werden sollen, beispielsweise durch die Registrierung von Fingerabdrücken, wie es in den USA bereits seit einigen Jahren praktiziert wird.

Von militärischen Aktionen gegen Terrororganisationen oder Länder, die Terroristen unterstützen, hält die Mehrheit nichts. Immerhin 42 Prozent sprechen sich jedoch für militärische Aktionen gegen Terrororganisationen aus, immerhin 27 Prozent auch für Militäraktionen gegen Länder, die Terroristen unterstützen. Das auch hier kontrovers diskutierte Thema von Waffenlieferungen an Gruppierungen, die von Terroristen bedroht werden, ist in Deutschland kein populärer Vorschlag. Lediglich 18 Prozent votieren dafür, auch zu diesem Mittel zu greifen.

Befürwortete Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus

Frage: "Hier sind einige Möglichkeiten aufgeschrieben, wie man gegen den internationalen Terrorismus vorgehen kann. Was meinen Sie: Was sollte man international tun, wie sollte die Staatengemeinschaft gegen den internationalen Terrorismus vorgehen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Dafür sorgen, dass die Ein- bzw. Ausreise von Terroristen und Anhängern von Terrororganisationen gestoppt wird	83
Terrorverdächtige überwachen	83
Die Konten von Terroristen und Unterstützern sperren	75
Wirtschaftssanktionen gegen Länder verhängen, die Terroristen unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren	72
Dafür sorgen, dass Polizei und Geheimdienste der verschiedenen Länder einfacher und schneller ihre Daten über Terroristen austauschen	72
Eine internationale Behörde einrichten, die Informationen über Terroristen sammelt und den einzelnen Ländern zur Verfügung stellt	63
Dafür sorgen, dass möglichst viele Länder Bankkonten kontrollieren, um Geldgeschäfte von Terroristen aufzudecken und zu verhindern	60
Kontakte, Beziehungen zu Ländern abbrechen, die Terroristen unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren	55
In möglichst vielen Ländern bei der Einreise persönliche Daten erheben	54
Militärisch gegen Terrororganisationen vorgehen	42
Die Anhänger von Terrororganisationen davon überzeugen, dass ihre Ansichten und ihr Vorgehen falsch sind	41
Militärisch gegen Länder vorgehen, die Terroristen unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren	27
Waffen an Gruppen liefern, die von Terroristen bedroht werden	18

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032

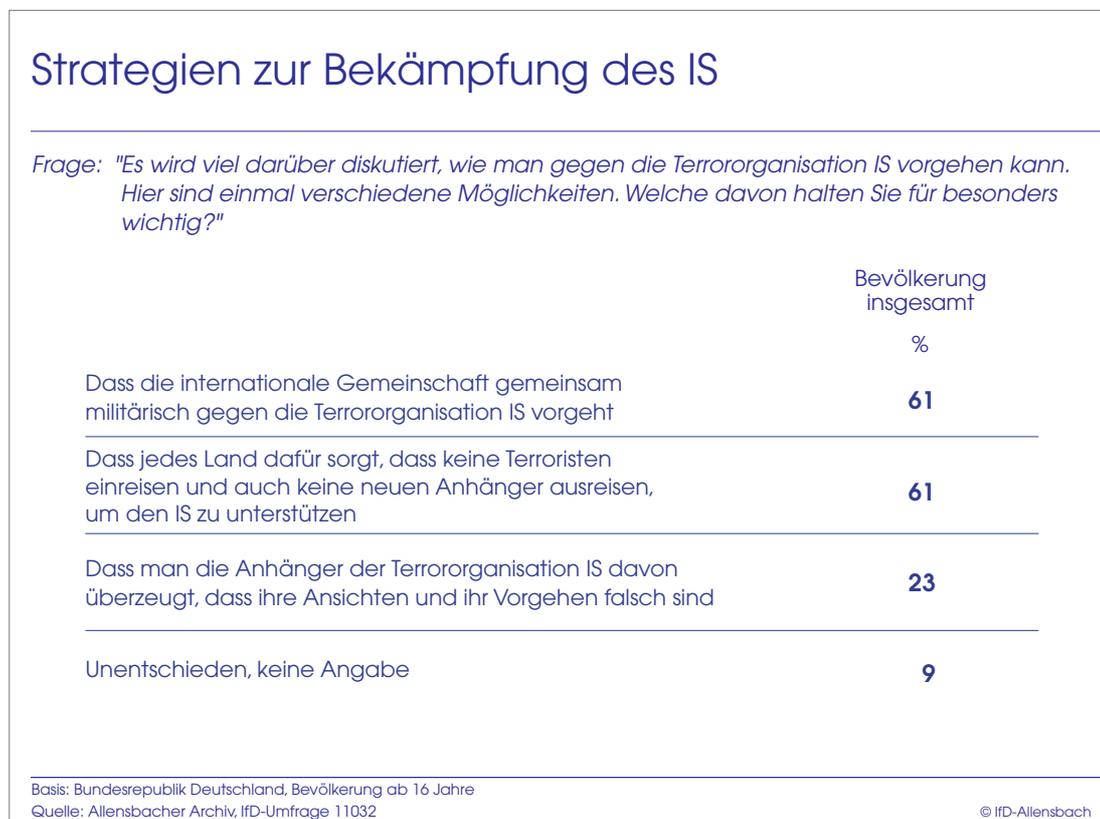
© IfD-Allensbach

Wenn in Bezug auf die Bekämpfung der Terrororganisation IS drei Maßnahmen bzw. Maßnahmenbündel zur Diskussion gestellt werden, nämlich

- dass die internationale Gemeinschaft gemeinsam militärisch gegen diese Organisation vorgeht,
- dass jedes Land sich bemüht, die Ein- und Ausreise von Terroristen und ihren Sympathisanten zu verhindern und
- dass man auf Überzeugungsarbeit setzt,

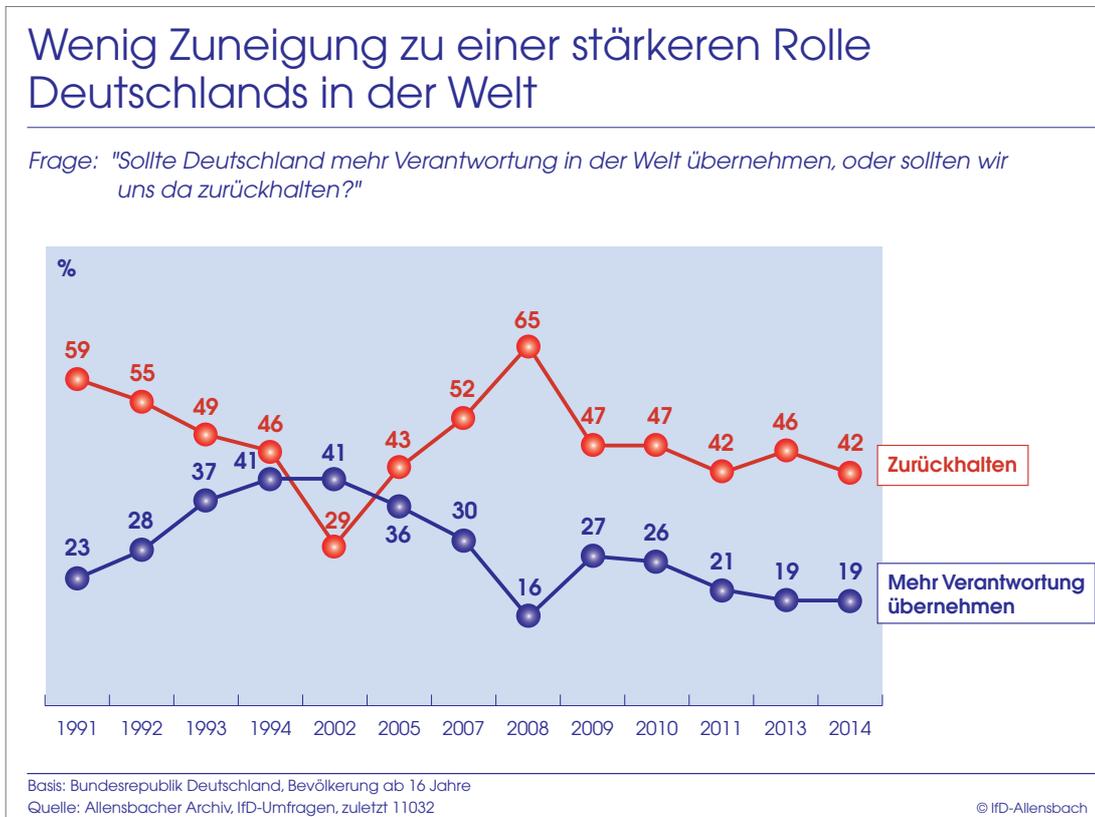
wird deutlich, dass sich die überwältigende Mehrheit von „weichen Maßnahmen“, wie sie Überzeugungsversuche darstellen, wenig verspricht. Die große Mehrheit plädiert für ein gemeinsames militärisches Vorgehen und für Reisebeschränkungen. Lediglich 23 Prozent halten es für besonders wichtig bzw. aussichtsreich, auf Überzeugungsversuche zu setzen. Dagegen plädieren jeweils 61 Prozent für gemeinsame militärische Aktionen bzw. für Reisebeschränkungen.

Schaubild 11



ENGAGEMENT IN KRISENREGIONEN

Angesichts der internationalen Gefahrenlage stellt sich die Frage, wieweit sich Deutschland in Krisenregionen engagieren soll und kann. Interessanterweise gibt es hier in Deutschland in der Breite der Bevölkerung keine leidenschaftliche Diskussion, die vor zwanzig oder dreißig Jahren unvermeidlich gewesen wäre. Vielmehr zieht die große Mehrheit der Bürger aus der Entwicklung der letzten Jahre den nüchternen Schluss, dass es Situationen gibt, in denen Deutschland an einem Engagement nicht vorbeikommt – trotz der weit verbreiteten grundsätzlichen Abneigung gegen die Übernahme von mehr Verantwortung. Lediglich 19 Prozent der Bürger plädieren dafür, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen sollte; 42 Prozent votieren dagegen für Zurückhaltung. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung mag sich in dieser Frage nicht entscheiden. Die Trendentwicklung zeigt, dass die Unterstützung für Forderungen, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen, langfristig gesunken ist. Zwischen den frühen 90er Jahren und Anfang des letzten Jahrzehnts hatte sich die Unterstützung für diese Forderung annähernd verdoppelt. 2002 plädierten 41 Prozent der Bevölkerung dafür, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen sollte. Seither hat sich dieser Anteil halbiert.



Bei der Bewertung dieser Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, dass Deutschland sich in den letzten Jahren in vieler Hinsicht stärker engagiert hat als zuvor. Entsprechend bedeutet die Forderung nach mehr Verantwortung heute etwas anderes als noch vor zehn oder zwölf Jahren. Vor allem zeigt die tiefgehende Analyse jedoch, dass die Bevölkerung zwar grundsätzlich wenig Zuneigung zu dem Gedanken hat, international mehr Verantwortung zu übernehmen, im konkreten Fall jedoch genau diese Forderung unterstützt. So gibt es aus der Sicht der Mehrheit Umstände, unter denen Deutschland gezwungen ist, sich gerade in Krisenregionen zu engagieren. Dies ist in den Augen der überwältigenden Mehrheit nicht nur in Katastrophenfällen der Fall – Engagements bei Naturkatastrophen oder im Falle einer Epidemie hat die große Mehrheit der Bevölkerung immer unterstützt, sondern auch bei Gefahren, die von einem Land oder einer Terrororganisation für

Deutschland und seine Verbündeten ausgehen. 75 Prozent sind überzeugt, dass Deutschland in einem solchen Fall gezwungen ist, sich in Krisenregionen zu engagieren. Annähernd zwei Drittel halten ein Engagement auch für unausweichlich, wenn in einem Land Terroristen ausgebildet werden, die Deutschland und seine Verbündeten bedrohen. Ein weiterer Fall, der Interventionen unumgänglich macht, ist die Gefährdung der Sicherheit deutscher Staatsbürger im Ausland.

Knapp die Hälfte der Bevölkerung hält ein Engagement Deutschlands in Krisenregionen auch dann für unausweichlich, wenn es in einem Land zu schweren Menschenrechtsverletzungen kommt, wenn Terrororganisationen oder Regierungen in einem Land Menschen umbringen und wenn größere Flüchtlingsströme zu bewältigen sind. Durchgängig zeigen die Ergebnisse der Untersuchung, dass das Meinungsbild der Bevölkerung auseinanderfällt, abhängig davon, ob man abstrakt über eine Ausweitung des Engagements und speziell auch des militärischen Engagements in anderen Weltregionen diskutiert oder an konkreten Beispielen. Grundsätzlich gibt es Vorbehalte gegen ein stärkeres Engagement, die aber bei der Diskussion konkreter Krisenszenarien oft zurückgestellt werden. So sprechen sich im Rahmen dieser komplexen Frage, bei der zahlreiche Krisenszenarien diskutiert wurden, lediglich 10 Prozent der Bürger rundweg gegen ein Engagement in Krisenregionen aus.

In Westdeutschland ist die Bereitschaft, unter bestimmten Umständen deutsche Interventionen in Krisenregionen zu unterstützen, signifikant größer als in Ostdeutschland. Das gilt für die Gefahren durch den internationalen Terrorismus wie für die Bewältigung größerer Flüchtlingsströme, die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen und den Kampf gegen Terrororganisationen und Regierungen, die Kriege gegen einzelne Bevölkerungsgruppen und Andersdenkende führen.

Bei einer der aktuellen Krisen tendiert die große Mehrheit jedoch zur Zurückhaltung: Wenn ein Land Staatsgrenzen missachtet und Gebiete eines anderen Staates besetzt, sind lediglich 25 Prozent der Bevölkerung der Auffassung, dass Deutschland zur Intervention gezwungen ist; hier sind auch in Westdeutschland lediglich 28 Prozent der Bevölkerung dieser Auffassung, in Ostdeutschland 12 Prozent.

Umstände, die zu einem Engagement in Krisenregionen zwingen

Frage: "Man kann ja unterschiedlicher Ansicht sein, unter welchen Umständen sich Deutschland in Krisenregionen engagieren sollte. Hier auf der Liste sind einmal verschiedene Situationen aufgeschrieben: Unter welchen Umständen ist Deutschland Ihrer Meinung nach gezwungen, sich in Krisenregionen einzusetzen?"

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Wenn von einem Land oder einer Terrororganisation für Deutschland oder seine Verbündeten eine Gefahr ausgeht	75	77	65
Wenn es in einem Land zu einer Katastrophe mit schweren humanitären Folgen kommt, z.B. einem Erdbeben oder einer Epidemie	75	74	78
Wenn in einem Land Terroristen ausgebildet werden, die Deutschland und seine Verbündeten bedrohen	62	65	49
Wenn die Sicherheit von deutschen Staatsbürgern im Ausland gefährdet ist	56	57	53
Wenn ein Land, z.B. nach einem Krieg, Wiederaufbauhilfe benötigt	56	57	51
Wenn es in einem Land zu größeren Flüchtlingsströmen kommt und Flüchtlingslager errichtet werden müssen	49	52	36
Wenn es in einem Land zu schweren Menschenrechtsverletzungen kommt	46	50	31
Wenn Terrororganisationen oder Regierungen in einem Land viele Menschen umbringen	45	47	36
Wenn Handelswege bedroht sind, z.B. durch Piraten	44	45	38
Wenn ein Land Hilfe beim Aufbau der Demokratie benötigt	43	44	38
Wenn die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen durch einen Konflikt gefährdet ist	41	42	37
Wenn ein Land Staatsgrenzen missachtet und Gebiete eines anderen Staates besetzt	25	28	12
Wenn es zwischen zwei Ländern einen Konflikt gibt und ein Krieg droht	22	24	15
Wenn in einem Land ein Bürgerkrieg herrscht	11	12	7
Deutschland sollte sich generell nicht in Krisenregionen engagieren	10	9	14

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032

© IfD-Allensbach

Die Überzeugung, dass man sich unter bestimmten Umständen engagieren muss, sagt noch nichts über die Art der Intervention aus. Hier wird deutlich, dass die große Mehrheit der Bevölkerung sich auf humanitäre Hilfen, Wiederaufbauhilfen und die Vermittlung zwischen Konfliktparteien beschränken möchte, während direkte militärische Aktionen und auch Sanktionen nur von einer Minderheit befürwortet werden. So halten es 87 Prozent für in Ordnung, wenn Deutschland sich in Krisenregionen bemüht, die Bevölkerung mit Medikamenten oder Lebensmitteln zu versorgen; 67 Prozent unterstützen Wiederaufbauhilfen, 71 Prozent die Vermittlung zwischen Konfliktparteien. Eine knappe Mehrheit unterstützt auch den Einsatz von Bundeswehrsoldaten bei einer UNO-Friedenstruppe in Krisenregionen. Alle anderen Maßnahmen werden nur von einer Minderheit befürwortet, allerdings teilweise von durchaus beachtlichen Minderheiten: So unterstützen jeweils 42 Prozent der Bürger die Entsendung von Militärberatern und die Unterstützung einer Konfliktpartei mit Ausrüstungsgegenständen wie Schutzhelmen, Westen etc. Waffenlieferungen an eine Konfliktpartei werden dagegen nur von 12 Prozent unterstützt, finanzielle Hilfen von 23 Prozent. Sanktionen, um die Konfliktparteien unter Druck zu setzen, halten 41 Prozent der Bevölkerung für richtig, in Westdeutschland 44 Prozent, in Ostdeutschland 25 Prozent. Auch die Beteiligung an UNO-Friedenstruppen, die Entsendung von Militärberatern oder die Teilnahme an NATO-Einsätzen in Krisengebieten wird in Westdeutschland signifikant mehr unterstützt als in Ostdeutschland.

Differenzierte Beurteilung verschiedener Arten von Engagement in Krisengebieten

Frage: "Deutschland kann sich ja auf vielerlei Weise in Krisenregionen engagieren. Hier auf der Liste sind verschiedene Möglichkeiten aufgeschrieben. Sind darunter welche, die Sie bei Konflikten in Krisenregionen in Ordnung finden?"

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten oder Lebensmitteln	87	87	86
Vermittlung zwischen den Konfliktparteien	71	72	66
Wiederaufbauhilfe, z.B. nach einem Bürgerkrieg	67	69	61
Einsatz von Bundeswehrsoldaten bei einer UNO-Friedenstruppe als sogenannte Blauhelme	52	55	37
Ausstattung der Konfliktpartei, die man unterstützen möchte, mit sonstiger Ausrüstung, z.B. mit Schutzhelmen, Westen etc.	42	46	28
Entsenden von Militärberatern	42	45	31
Sanktionen verhängen, um die Konfliktparteien unter Druck zu setzen	41	44	25
Teilnahme an NATO-Einsätzen in Krisengebieten	29	32	16
Finanzielle Hilfen für die Konfliktpartei, die man unterstützen möchte	23	24	18
Waffenlieferungen an die Konfliktpartei, die man unterstützen möchte	12	13	8
Nein, keine davon	2	1	3

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032

© IfD-Allensbach

Die unterschiedliche Bewertung von Sanktionen zeigt sich auch am konkreten Beispiel der Sanktionen gegenüber Russland. Insgesamt halten 42 Prozent der gesamten Bevölkerung die Sanktionen für angemessen, 13 Prozent für überzogen und knapp ein Fünftel für unzureichend. In Westdeutschland bewerten 45 Prozent der Bevölkerung die Sanktionen als angemessen, in Ostdeutschland 34 Prozent. Umgekehrt ist der Anteil, der die bestehenden Sanktionen als überzogen einstuft, in Ostdeutschland annähernd doppelt so groß wie in Westdeutschland. Auch das Urteil politisch interessierter und desinteressierter Bevölkerungskreise differiert teilweise deutlich. So stufen politisch interessierte Bevölkerungskreise die Sanktionen überdurchschnittlich als angemessen ein.

Bewertung der Sanktionen gegenüber Russland

Frage: "Auf das Verhalten Russlands gegenüber der Ukraine hat die EU ja mit Wirtschaftssanktionen reagiert. Finden Sie die Reaktion der EU angemessen, oder sind die Sanktionen zu hart, oder gehen die Sanktionen nicht weit genug?"

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost	Politisch -	
				Interes- sierte	Desinte- ressierte
	%	%	%	%	%
Angemessen	42	45	34	49	37
Zu hart	13	11	20	15	10
Nicht weit genug	19	20	14	17	20
Unentschieden, keine Angabe	26	24	32	19	33
	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032

© IfD-Allensbach

DIFFERENZIERTE HALTUNG ZU AUSLANDSEINSÄTZEN DER BUNDESWEHR

Die Haltung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist von derselben Ambivalenz geprägt wie die generelle Haltung zu einem Engagement in Krisenregionen. Grundsätzlich plädieren viele für Zurückhaltung, die im konkreten Fall dann oft durchaus bereit sind, solche Engagements mitzutragen. Insgesamt sprechen sich nur 32 Prozent der Bevölkerung für eine künftige Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen aus; 41 Prozent plädieren dagegen dafür, sich aus Auslandseinsätzen, wie sie die Bundeswehr in den letzten Jahren absolviert hat, künftig herauszuhalten. Politisch interessierte Bevölkerungskreise sind dabei weitaus eher als desinteressierte bereit, Auslandseinsätze mitzutragen.

Schaubild 16

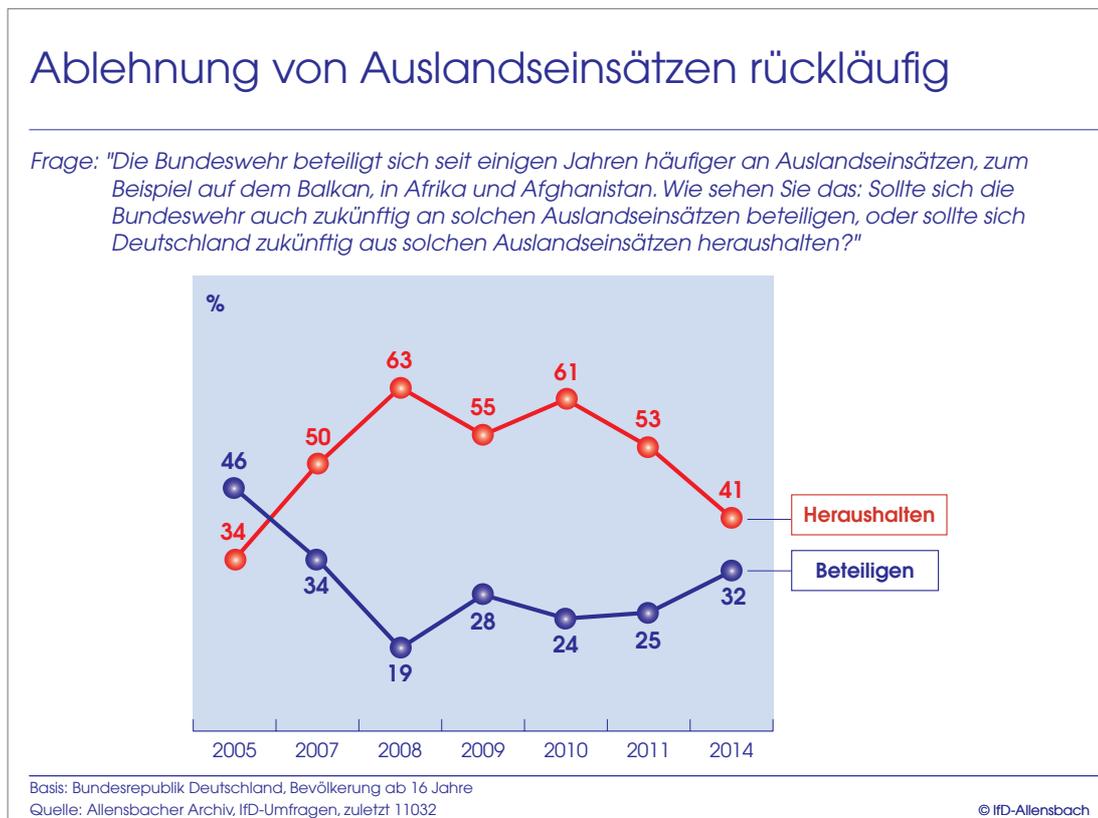
Ambivalente Grundhaltung zu Auslandseinsätzen			
<i>Frage: "Die Bundeswehr beteiligt sich seit einigen Jahren häufiger an Auslandseinsätzen, zum Beispiel auf dem Balkan, in Afrika und Afghanistan. Wie sehen Sie das: Sollte sich die Bundeswehr auch zukünftig an solchen Auslandseinsätzen beteiligen, oder sollte sich Deutschland zukünftig aus solchen Auslandseinsätzen heraushalten?"</i>			
	Bevölkerung insgesamt	Politisch –	
	%	Interes- sierte	Desinte- ressierte
	%	%	%
Beteiligen	32	39	25
Heraushalten	41	40	42
Unentschieden, keine Angabe	27	21	33
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032

© IfD-Allensbach

Die Trendanalyse zeigt, dass die Befürwortung von Auslandseinsätzen in den letzten Jahren nur begrenzt gestiegen ist, es jedoch weitaus weniger entschiedene Gegner gibt als vor drei, vier Jahren. So ist der Kreis der überzeugten Befürworter in den letzten vier Jahren von 24 auf 32 Prozent angewachsen, der Kreis der entschiedenen Gegner jedoch im selben Zeitraum von 61 auf 41 Prozent zurückgegangen.

Schaubild 17



Ein Problem, mit dem Auslandseinsätze kämpfen, ist ihre unzureichende Erfolgsbilanz. Die spektakulären Militäreinsätze aus den letzten Jahren werden von der Bevölkerung in hohem Maße als nicht erfolgreich eingestuft. Das gilt besonders für den Militäreinsatz der USA im Irak, für den 66 Prozent der deutschen Bevölkerung die Bilanz ziehen, dass dieser Einsatz nicht erfolgreich war. Die

politisch interessierten Bevölkerungskreise sind davon noch weitaus mehr überzeugt, als die politisch desinteressierten.

Schaubild 18

Misserfolg im Irak

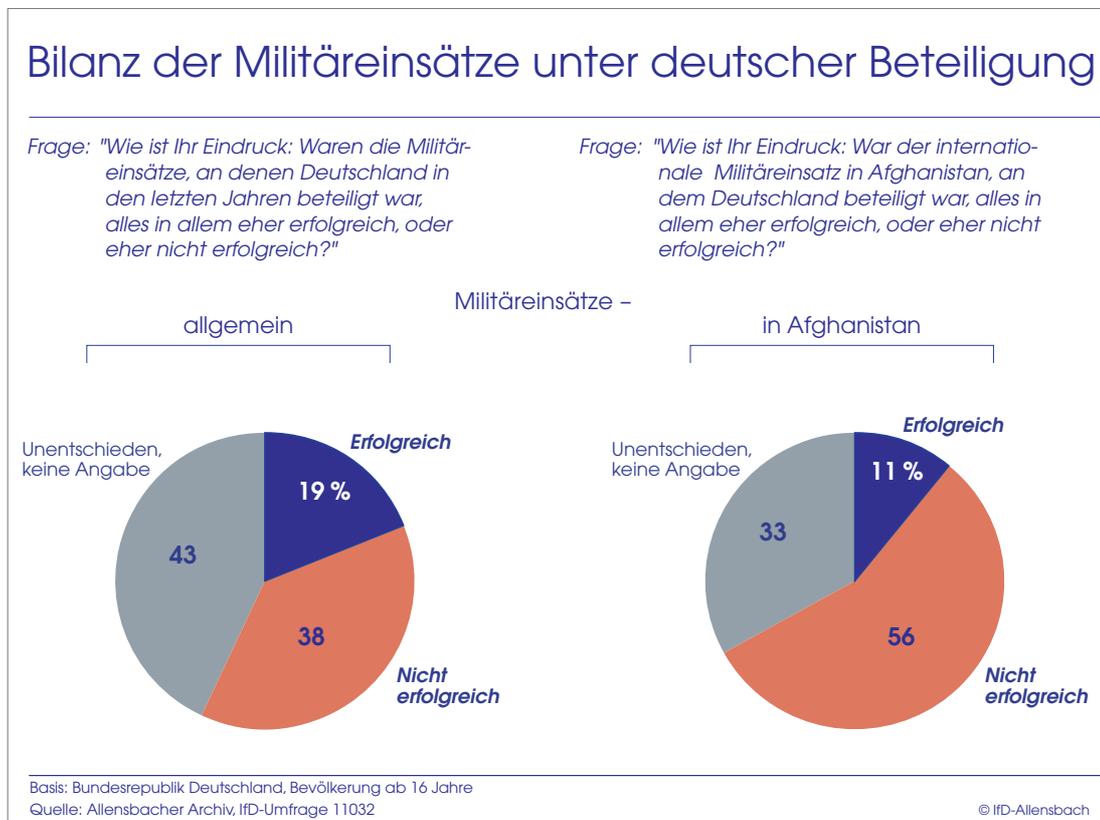
Frage: "Und wie sehen Sie das für den Militäreinsatz der USA im Irak: War der Einsatz der Amerikaner alles in allem eher erfolgreich, oder eher nicht erfolgreich?"

	Bevölkerung insgesamt	Politisch –	
		Interes- sierte	Desinte- ressierte
	%	%	%
Erfolgreich	9	9	9
Nicht erfolgreich	66	77	56
Unentschieden, keine Angabe	25	14	35
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032

© IfD-Allensbach

Wenn nach der Bilanz der Militäreinsätze gefragt wird, an denen sich Deutschland in den letzten Jahren beteiligt hat, trauen sich über 40 Prozent der Bevölkerung überhaupt kein Urteil zu. Diejenigen, die sich eine Meinung gebildet haben, bewerten die Bilanz dieser Einsätze im Verhältnis 2:1 als nicht erfolgreich. Wenn speziell das Afghanistan-Engagement zur Debatte steht, fällt die Bilanz wesentlich kritischer aus: Lediglich 11 Prozent halten diesen Militäreinsatz für erfolgreich, 56 Prozent für einen Misserfolg.



Vor diesem Hintergrund kann kaum überraschen, dass sich nur eine kleine Minderheit für die Forderung erwärmen kann, Deutschland müsse sich militärisch im Ausland stärker engagieren als bisher. Diese Position unterstützen 10 Prozent der Bürger, während 55 Prozent das bisherige Engagement für ausreichend halten, 22 Prozent für überzogen. Während die Anhänger von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in dieser Frage weitgehend ähnliche Positionen einnehmen, weicht die Haltung der Anhänger der Linken völlig ab: Von ihnen stufen 56 Prozent das bisherige militärische Engagement der Bundeswehr im Ausland als überzogen ein, während nur 25 Prozent das Engagement für angemessen halten.

Wenig Unterstützung für eine Ausweitung des militärischen Engagements

Frage: "Es wird ja immer wieder gefordert, Deutschland müsse sich militärisch stärker engagieren. Sehen Sie das auch so, steht Deutschland in der Verantwortung, sich bei Konflikten in der Welt militärisch stärker zu engagieren als bisher, oder halten Sie das bisherige militärische Engagement für ausreichend?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger von -				
		CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	Alternat- tive für Deutsch- land
	%	%	%	%	%	%
Stärker engagieren	10	10	10	7	3	18
Engagement ausreichend	55	61	59	57	25	31
Machen bereits zu viel	22	17	21	23	56	34
Unentschieden, keine Angabe	13	12	10	13	16	17
	100	100	100	100	100	100

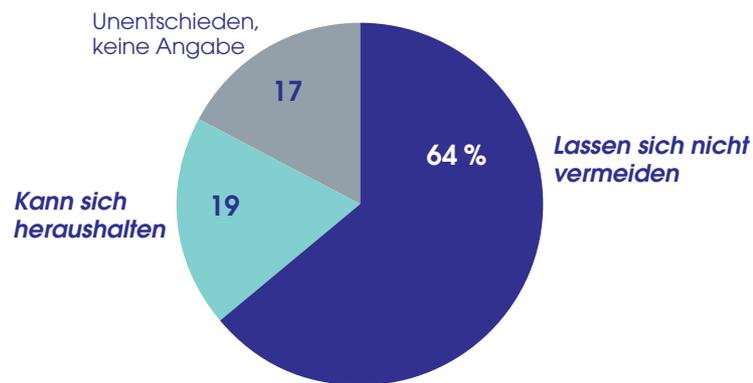
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032

© IfD-Allensbach

Bei allen Vorbehalten gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist die große Mehrheit gleichzeitig überzeugt, dass sich solche Einsätze aufgrund der Mitgliedschaft Deutschlands in NATO und UNO überhaupt nicht vermeiden lassen. Diese Mitgliedschaften werden von der überwältigenden Mehrheit mitgetragen und entsprechend auch die daraus folgenden Verpflichtungen wenn auch oft mit Vorbehalten akzeptiert.

Auslandseinsätze aufgrund der Bündnispflichten unvermeidlich

Frage: "Einmal unabhängig davon, wie Sie zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr stehen: Glauben Sie, dass sich solche Einsätze aufgrund der Mitgliedschaft Deutschlands in NATO und UNO gar nicht vermeiden lassen, oder kann Deutschland sich aus solchen Auslandseinsätzen heraushalten?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11032

© IFD-Allensbach

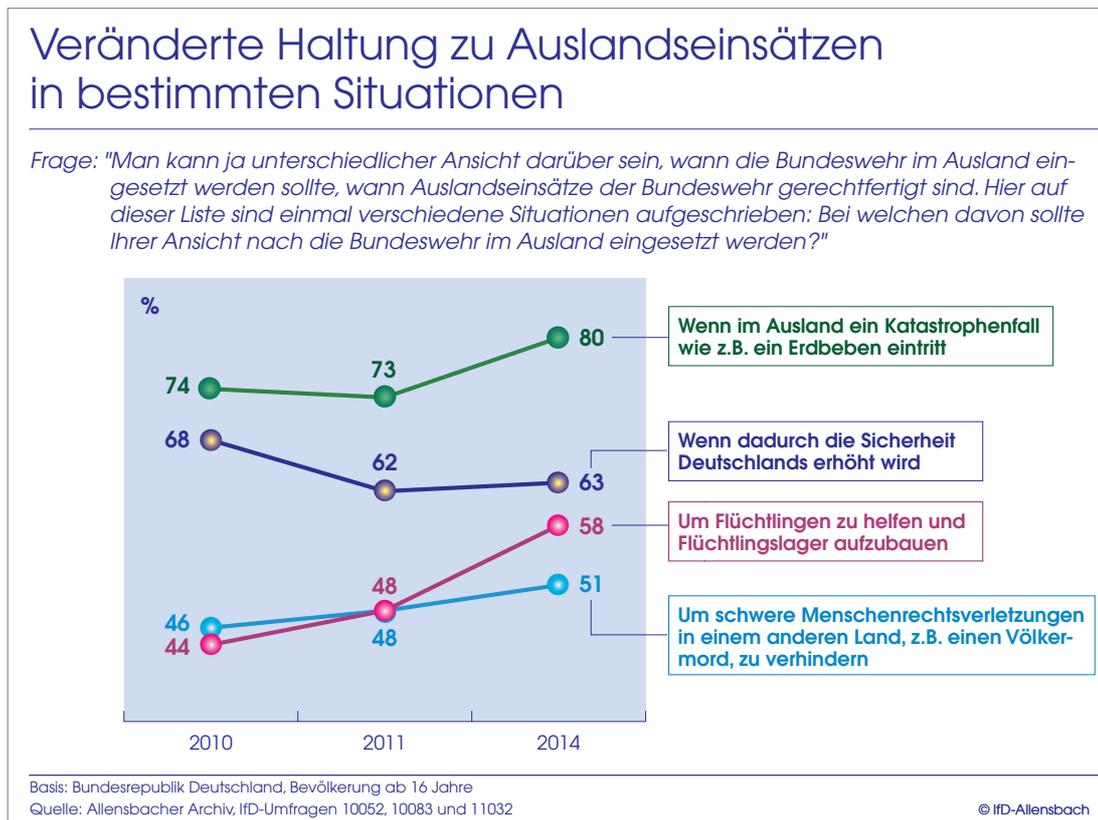
Darüber hinaus werden in bestimmten Situationen Auslandseinsätze breit unterstützt, besonders – aber nicht nur – für Katastrophenhilfe und humanitäre Einsätze. 80 Prozent plädieren für Auslandseinsätze der Bundeswehr im Katastrophenfall, beispielsweise bei schweren Erdbeben, 58 Prozent zur Bewältigung von Flüchtlingsströmen, 51 Prozent auch zur Verhinderung von Völkermord und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen. 63 Prozent halten Auslandseinsätze der Bundeswehr auch für richtig, wenn dadurch die Sicherheit Deutschlands erhöht wird, 49 Prozent, wenn Handelswege zum Beispiel vor Piraten geschützt werden müssen. Lediglich 10 Prozent sprechen sich rundweg gegen Auslandseinsätze aus und sind in keinem der diskutierten Fälle bereit, einen Auslandseinsatz zu unterstützen.



Angesichts der Ereignisse der letzten Zeit hat sich insbesondere die Unterstützung für Auslandseinsätze zur Bewältigung von Flüchtlingsströmen signifikant erhöht. 2010 unterstützten 44 Prozent der Bürger Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Bewältigung von Flüchtlingsströmen, 2011 48 Prozent, aktuell 58 Prozent. Auch die Unterstützung von Auslandseinsätzen zur Bewältigung von Katastrophen oder zur Verhinderung von schweren Menschenrechtsverletzungen ist gewachsen. 2011 votierten 73 Prozent der Bürger dafür, die Bundeswehr auch für Katastrophenhilfen im Ausland einzusetzen, jetzt 80 Prozent. Dagegen wird die Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen heute tendenziell weniger als Legitimierung von Auslandseinsätzen anerkannt als noch vor vier Jahren. 2010 hielten es 68 Prozent für richtig, die Bundeswehr im Ausland einzusetzen, wenn damit die Sicherheit

Deutschlands erhöht wird, jetzt 63 Prozent. Die Unterstützung ist nicht in letzter Zeit zurückgegangen, sondern bereits zwischen 2010 und Ende 2011.

Schaubild 23



Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Untersuchung, dass Engagements im Ausland, seien sie militärisch oder nicht militärisch, von den Bürgern sehr differenziert bewertet werden, abhängig von der jeweiligen Situation und von den Zielen der Aktion. Eine grundsätzliche vehemente Gegnerschaft gegen deutsche militärische Engagements im Ausland gehört weitgehend der Vergangenheit an.

Allensbach am Bodensee,
 am 4. Dezember 2014

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewertet wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten

TABELLEN

Gefahrensituationen

Internationales Engagement Deutschlands

HALBGRUPPE A..... 781

MAN KANN JA UNTERSCHIEDLICHER ANSICHT SEIN, UNTER WELCHEN UMSTÄNDEN SICH DEUTSCHLAND IN KRISENREGIONEN ENGAGIEREN SOLLTE. HIER AUF DER LISTE SIND EINMAL VERSCHIEDENE SITUATIONEN AUFGESCHRIEBEN: UNTER WELCHEN UMSTÄNDEN IST DEUTSCHLAND IHRER MEINUNG NACH GEZWUNGEN, SICH IN KRISENREGIONEN EINZUSETZEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 46/A)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	781	584	197	389	392	140	161	217	263	390	391
WENN VON EINEM LAND ODER EINER TERROR- ORGANISATION FÜR DEUTSCHLAND ODER SEINE VERBÜNDETEN EINE GEFAHR AUSGEHT	74.6	76.7	65.2	75.1	74.1	72.6	75.3	80.3	70.3	73.6	75.4
WENN ES IN EINEM LAND ZU EINER KATASTROPHE MIT SCHWEREN HUMANITÄREN FOLGEN KOMMT, Z.B. EINEM ERDBEBËN ODER EINER EPIDEMIE.....	74.5	73.6	78.3	75.6	73.5	69.4	74.9	76.5	75.4	78.6	70.8
WENN IN EINEM LAND TERRORISTEN AUSGE- BILDET WERDEN, DIE DEUTSCHLAND UND SEINE VERBÜNDETEN BEDROHEN.....	62.2	65.2	49.3	61.2	63.2	56.2	58.1	68.1	63.3	63.7	60.9
WENN DIE SICHERHEIT V. DEUTSCHEN STAATS- BÜRGERN IM AUSLAND GEFÄHRDET IST.....	56.0	56.6	53.1	57.5	54.5	52.7	55.2	56.2	58.0	53.6	58.1
WENN EIN LAND, Z.B. NACH EINEM KRIEG, WIEDERAUFBAUHILFE BENÖTIGT.....	55.7	56.8	51.0	55.5	56.0	62.3	53.3	54.5	54.7	57.0	54.6
WENN ES IN EINEM LAND ZU GRÖSSEREN FLÜCHTLINGSSTRÖMEN KOMMT UND FLÜCHT- LINGSLAGER ERRICHTET WERDEN MÜSSEN.....	49.2	52.1	36.4	46.3	51.9	43.7	46.7	47.9	54.9	57.3	41.9
WENN ES IN EINEM LAND ZU SCHWEREN MENSCHENRECHTS- VERLETZUNGEN KOMMT..	46.3	49.8	30.6	45.7	46.8	47.5	43.4	43.7	49.5	54.7	38.7

HALBGRUPPE A..... 781

MAN KANN JA UNTERSCHIEDLICHER ANSICHT SEIN, UNTER WELCHEN UMSTÄNDEN SICH DEUTSCHLAND IN KRISENREGIONEN ENGAGIEREN SOLLTE. HIER AUF DER LISTE SIND EINMAL VERSCHIEDENE SITUATIONEN AUFGESCHRIEBEN: UNTER WELCHEN UMSTÄNDEN IST DEUTSCHLAND IHRER MEINUNG NACH GEZWUNGEN, SICH IN KRISENREGIONEN EINZUSETZEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 46/A)

	ANHÄNGER DER -						DEUTSCHLAND SOLLTE IN DER WELT		
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	MEHR VERANT- WORTUNG ÜBERNEHMEN	SICH ZURÜCK- HALTEN	VERHÄLT S. GENAU RICHTIG
Basis	323	217	9	110	52	44	130	325	231
WENN VON EINEM LAND ODER EINER TERROR- ORGANISATION FÜR DEUTSCHLAND ODER SEINE VERBÜNDETEN EINE GEFAHR AUSGEHT	78.6	76.8	91.5	67.3	57.4	69.7	80.9	68.6	81.2
WENN ES IN EINEM LAND ZU EINER KATASTROPHE MIT SCHWEREN HUMANITÄREN FOLGEN KOMMT, Z.B. EINEM ERDBEBEN ODER EINER EPIDEMIE.....	76.5	71.7	57.6	83.0	77.8	59.1	80.7	70.9	81.4
WENN IN EINEM LAND TERRORISTEN AUSGE- BILDET WERDEN, DIE DEUTSCHLAND UND SEINE VERBÜNDETEN BEDROHEN.....	68.6	63.8	60.0	57.4	43.8	49.6	67.1	57.4	67.2
WENN DIE SICHERHEIT V. DEUTSCHEN STAATS- BÜRGERN IM AUSLAND GEFÄHRDET IST.....	63.6	52.1	49.3	46.0	54.1	52.5	51.8	56.1	59.1
WENN EIN LAND, Z.B. NACH EINEM KRIEG, WIEDERAUFBAUHILFE BENÖTIGT.....	58.4	55.2	44.6	65.7	38.2	38.5	64.5	47.2	66.8
WENN ES IN EINEM LAND ZU GRÖßEREN FLÜCHTLINGSSTRÖMEN KOMMT UND FLÜCHT- LINGSLAGER ERRICHTET WERDEN MÜSSEN.....	48.2	51.9	48.6	57.8	50.3	26.4	66.4	41.4	55.1
WENN ES IN EINEM LAND ZU SCHWEREN MENSCHENRECHTS- VERLETZUNGEN KOMMT..	47.7	49.6	74.6	51.4	35.1	17.7	67.8	36.9	51.0

HALBGRUPPE B..... 724

MAN KANN JA UNTERSCHIEDLICHER ANSICHT DARÜBER SEIN, WANN DIE BUNDESWEHR IM AUSLAND EINGESETZT WERDEN SOLLTE, WANN AUSLANDS-
 EINSÄTZE DER BUNDESWEHR GERECHTFERTIGT SIND. HIER AUF DIESER LISTE SIND EINMAL VERSCHIEDENE SITUATIONEN AUFGESCHRIEBEN:
 BEI WELCHEN DAVON SOLLTE IHRER ANSICHT NACH DIE BUNDESWEHR IM AUSLAND EINGESETZT WERDEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 46/B)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	724	519	205	355	369	129	151	192	252	386	338
WENN IM AUSLAND EIN KATASTROPHENFALL WIE Z.B. EIN ERDBEBEN EINTRITT.....	79.7	80.1	78.0	79.3	80.1	76.7	78.1	81.9	80.6	81.3	78.3
WENN DADURCH DIE SICHERHEIT DEUTSCH- LANDS ERHÖHT WIRD...	62.9	63.3	61.0	62.6	63.2	70.6	72.4	62.0	53.3	59.0	66.5
UM FLÜCHTLINGEN ZU HELFEN UND FLÜCHTLINGSLAGER AUFZUBAUEN.....	57.6	59.2	50.9	60.2	55.1	54.6	60.8	57.5	57.3	64.7	51.0
UM SCHWERE MENSCHEN- RECHTSVERLETZUNGEN IN EINEM ANDEREN LAND, Z.B. EINEN VÖLKERMÖRD ZU VERHINDERN.....	50.9	52.7	42.7	55.3	46.7	51.9	59.9	47.3	47.4	56.9	45.2
ZUM SCHUTZ VON HANDELSWEGEN, Z.B. ZUM SCHUTZ DER SCHIFFFAHRT VOR PIRATEN.....	48.5	46.5	57.3	53.7	43.7	40.2	54.6	48.7	49.0	50.0	47.2
UM TERRORORGANISA- TIONEN IN ANDEREN LÄNDERN ZU BEKÄMPFEN	36.0	37.0	32.0	37.0	35.1	38.8	47.5	32.7	30.0	39.3	33.0
UM IN POLITISCH UNSICHEREN, INSTA- BILDEN LÄNDERN BEIM AUFBAU DER DEMOKRA- TIE ZU HELFEN.....	32.2	34.4	22.7	33.0	31.6	35.6	34.2	36.8	25.3	37.7	27.2
UM DIE VERSORGUNG DEUTSCHLANDS MIT ENERGIE UND ROH- STOFFEN ZU SICHERN..	30.6	31.4	26.8	29.2	31.9	28.7	29.9	29.0	33.4	25.5	35.3

HALBGRUPPE B..... 724

MAN KANN JA UNTERSCHIEDLICHER ANSICHT DARÜBER SEIN, WANN DIE BUNDESWEHR IM AUSLAND EINGESETZT WERDEN SOLLTE, WANN AUSLANDS-
 EINSÄTZE DER BUNDESWEHR GERECHTFERTIGT SIND. HIER AUF DIESER LISTE SIND EINMAL VERSCHIEDENE SITUATIONEN AUFGESCHRIEBEN:
 BEI WELCHEN DAVON SOLLTE IHRER ANSICHT NACH DIE BUNDESWEHR IM AUSLAND EINGESETZT WERDEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 46/B)

	ANHÄNGER DER -						DEUTSCHLAND SOLLTE IN DER WELT		
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	MEHR VERANT- WORTUNG ÜBERNEHMEN	SICH ZURÜCK- HALTEN	VERHÄLT S. GENAU RICHTIG
Basis	293	201	11	104	53	40	158	309	174
WENN IM AUSLAND EIN KATASTROPHENFALL WIE Z.B. EIN ERDBEBEN EINTRITT.....	80.2	78.6	94.1	81.9	84.3	66.1	84.3	73.5	87.6
WENN DADURCH DIE SICHERHEIT DEUTSCH- LANDS ERHÖHT WIRD...	67.9	59.6	66.2	51.8	59.0	74.6	69.0	59.9	67.5
UM FLÜCHTLINGEN ZU HELFEN UND FLÜCHTLINGSLAGER AUFZUBAUEN.....	59.5	52.8	79.3	70.4	56.5	32.8	72.4	47.4	64.1
UM SCHWERE MENSCHEN- RECHTSVERLETZUNGEN IN EINEM ANDEREN LAND, Z.B. EINEN VÖLKERMÖRD ZU VERHINDERN.....	51.4	50.7	81.5	63.0	36.6	40.2	65.7	39.7	61.2
ZUM SCHUTZ VON HANDELSWEGEN, Z.B. ZUM SCHUTZ DER SCHIFFFAHRT VOR PIRATEN.....	51.2	43.8	67.6	36.2	62.3	43.2	59.0	42.5	54.9
UM TERRORORGANISA- TIONEN IN ANDEREN LÄNDERN ZU BEKÄMPFEN	36.8	37.0	56.3	31.4	51.7	22.5	55.7	21.3	49.5
UM IN POLITISCH UNSICHEREN, INSTA- BILDEN LÄNDERN BEIM AUFBAU DER DEMOKRA- TIE ZU HELFEN.....	34.4	29.5	53.6	37.6	27.5	18.5	50.5	19.1	38.2
UM DIE VERSORGUNG DEUTSCHLANDS MIT ENERGIE UND ROH- STOFFEN ZU SICHERN..	35.2	29.8	63.4	10.3	29.4	28.9	32.2	34.4	25.0

HALBGRUPPE A..... 781

DEUTSCHLAND KANN SICH JA AUF VIELERLEI WEISE IN KRISENREGIONEN ENGAGIEREN. HIER AUF DER LISTE SIND VERSCHIEDENE MÖGLICHKEITEN
 AUFGESCHRIEBEN. SIND DARUNTER WELCHE, DIE SIE BEI KONFLIKTEN IN KRISENREGIONEN IN ORDNUNG FINDEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 45/A)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	781	584	197	389	392	140	161	217	263	390	391
VERSORGUNG DER BEVÖLKERUNG MIT MEDIKAMENTEN ODER LEBENSMITTELN.....	87.0	87.3	86.0	85.1	88.9	92.1	81.9	88.6	86.3	89.3	85.0
VERMITTLUNG ZWISCHEN DEN KONFLIKTPARTEIEN	71.2	72.4	65.7	73.2	69.3	68.9	69.7	73.6	71.3	75.7	67.1
WIEDERAUFBAUHILFE Z.B. NACH EINEM BÜRGERKRIEG.....	67.4	68.9	60.7	65.7	68.9	75.7	64.7	66.9	64.9	73.2	62.1
EINSATZ VON BUNDES- WEHRSOLDATEN BEI EINER UNO-FRIEDENS- TRUPPE ALS SO GENANNT BLAUHELME..	51.8	55.1	37.3	54.5	49.3	43.0	50.9	60.3	50.0	58.7	45.7
AUSSTATTUNG DER KONFLIKTPARTEI, DIE MAN UNTERSTÜTZEN MÖCHTE, MIT SONSTIGER AUSRÜSTUNG, Z.B. MIT SCHUTZHELMEN, -WESTEN ETC.....	42.4	45.7	28.0	42.7	42.1	46.4	39.3	40.8	43.5	46.9	38.3
ENTSENDEN VON MILITÄRBERATERN.....	42.2	44.8	30.7	45.5	39.1	41.3	41.4	38.3	46.5	47.1	37.8
SANKTIONEN VERHÄNGEN UM DIE KONFLIKT- PARTEIEN UNTER DRUCK ZU SETZEN.....	40.7	44.4	24.5	50.9	31.1	37.7	37.2	46.4	39.9	47.6	34.5
TEILNAHME AN NATO- EINSÄTZEN IN KRISEN- GEBIETEN.....	28.8	31.8	15.8	33.9	24.1	34.5	27.4	28.9	26.7	33.7	24.5
FINANZIELLE HILFEN FÜR DIE KONFLIKT- PARTEI, DIE MAN UNTERSTÜTZEN MÖCHTE	22.8	23.9	18.1	26.3	19.5	23.3	20.3	20.9	25.7	27.7	18.4

HALBGRUPPE A..... 781

DEUTSCHLAND KANN SICH JA AUF VIELERLEI WEISE IN KRISENREGIONEN ENGAGIEREN. HIER AUF DER LISTE SIND VERSCHIEDENE MÖGLICHKEITEN
 AUFGESCHRIEBEN. SIND DARUNTER WELCHE, DIE SIE BEI KONFLIKTEN IN KRISENREGIONEN IN ORDNUNG FINDEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 45/A)

	ANHÄNGER DER -						DEUTSCHLAND SOLLTE IN DER WELT		
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	MEHR VERANT- WORTUNG ÜBERNEHMEN	SICH ZURÜCK- HALTEN	VERHÄLT S. GENAU RICHTIG
Basis	323	217	9	110	52	44	130	325	231
VERSORGUNG DER BEVÖLKERUNG MIT MEDIKAMENTEN ODER LEBENSMITTELN.....	90.2	85.5	83.7	92.7	84.3	71.7	93.1	81.5	92.8
VERMITTLUNG ZWISCHEN DEN KONFLIKTPARTEIEN	70.6	70.8	56.3	86.1	78.7	47.2	80.8	67.5	79.9
WIEDERAUFBAUHILFE Z.B. NACH EINEM BÜRGERKRIEG.....	69.7	63.8	83.7	79.4	60.6	47.9	80.4	61.5	72.6
EINSATZ VON BUNDES- WEHRSOLDATEN BEI EINER UNO-FRIEDENS- TRUPPE ALS SO GENANNT BLAUHELME..	55.3	54.3	43.1	57.0	31.7	30.3	74.6	41.3	62.0
AUSSTATTUNG DER KONFLIKTPARTEI, DIE MAN UNTERSTÜTZEN MÖCHTE, MIT SONSTIGER AUSRÜSTUNG, Z.B. MIT SCHUTZHELMEN, -WESTEN ETC.....	49.9	39.1	48.6	37.0	21.3	38.6	55.4	40.2	44.9
ENTSENDEN VON MILITÄRBERATERN.....	47.8	37.4	53.2	43.2	27.2	40.9	53.0	37.3	48.6
SANKTIONEN VERHÄNGEN UM DIE KONFLIKT- PARTEIEN UNTER DRUCK ZU SETZEN.....	43.1	42.7	36.9	37.3	32.3	43.3	49.0	39.8	44.8
TEILNAHME AN NATO- EINSÄTZEN IN KRISEN- GEBIETEN.....	31.0	33.6	27.1	24.1	10.8	28.5	54.2	20.8	31.4
FINANZIELLE HILFEN FÜR DIE KONFLIKT- PARTEI, DIE MAN UNTERSTÜTZEN MÖCHTE	24.4	26.4	14.1	22.0	13.8	11.2	34.5	18.0	26.4

Gefahrenmanagement

HALBGRUPPE A..... 781

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINIGE MÖGLICHKEITEN AUFGESCHRIEBEN, WIE MAN GEGEN DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS VORGEHEN KANN. WAS MEINEN SIE: WAS SOLLTE MAN INTERNATIONAL TUN, WIE SOLLTE DIE STAATENGEMEINSCHAFT GEGEN DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS VORGEHEN? BITTE LEGEN SIE EINFACH DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 52/A)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	781	584	197	389	392	140	161	217	263	390	391
DAFÜR SORGEN, DASS DIE EIN- BZW. AUS- REISE V. TERRORISTEN UND ANHÄNGERN VON TERRORORGANISATIONEN GESTOPPT WIRD.....	83.0	83.0	83.1	81.2	84.7	86.0	80.8	81.1	84.4	81.4	84.5
TERRORVERDÄCHTIGE ÜBERWACHEN.....	82.6	83.5	78.9	83.1	82.2	82.3	81.8	81.9	83.9	82.0	83.2
DIE KONTEN VON TERRORISTEN UND UNTERSTÜTZERN SPERREN.....	74.8	75.2	73.1	78.7	71.2	70.5	69.9	76.5	78.9	79.9	70.3
WIRTSCHAFTSSANKTIO- NEN GEGEN LÄNDER VERHÄNGEN, DIE TERRORISTEN UNTER- STÜTZEN ODER IHNEN ZUFLUCHT GEWÄHREN (Z.B. STRAFZÖLLE ER- HEBEN, WAFFENLIEFE- RUNGEN IN SOLCHE LÄNDER VERBIETEN USW.).....	72.4	73.0	69.7	76.9	68.2	67.5	71.4	76.1	72.7	75.1	70.0
DAFÜR SORGEN, DASS POLIZEI UND GEHEIM- DIENSTE DER VER- SCHIEDENEN LÄNDER EINFACHER UND SCHNELLER IHRE DATEN ÜBER TERRORISTEN AUSTAUSCHEN.....	71.7	71.2	73.5	71.8	71.6	71.3	73.1	65.8	75.8	73.5	70.0
EINE INTERNATIONALE BEHÖRDE EINRICHTEN, DIE INFORMATIONEN ÜBER TERRORISTEN SAMMELT UND DEN EINZELEN LÄNDERN ZUR VERFÜGUNG STELLT....	63.4	64.7	57.8	60.2	66.5	59.0	65.9	62.9	64.7	65.2	61.8

HALBGRUPPE A..... 781

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINIGE MÖGLICHKEITEN AUFGESCHRIEBEN, WIE MAN GEGEN DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS VORGEHEN KANN. WAS MEINEN SIE: WAS SOLLTE MAN INTERNATIONAL TUN, WIE SOLLTE DIE STAATENGEMEINSCHAFT GEGEN DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS VORGEHEN? BITTE LEGEN SIE EINFACH DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 52/A)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	781	584	197	389	392	140	161	217	263	390	391
DAFÜR SORGEN, DASS MÖGLICHST VIELE LÄNDER BANKKONTEN KONTROLLIEREN, UM GELDGESCHÄFTE VON TERRORISTEN AUF- ZUDECKEN UND ZU VERHINDERN.....	59.6	59.1	61.7	61.4	57.9	51.4	57.8	56.9	67.6	61.7	57.8
KONTAKTE, BEZIE- HUNGEN ZU LÄNDERN ABBRECHEN, DIE TERRORISTEN UNTER- STÜTZEN ODER IHNEN ZUFLUCHT GEWAHREN...	55.3	55.6	53.8	59.0	51.8	45.3	53.5	53.9	63.0	56.2	54.5
IN MÖGLICHST VIELEN LÄNDERN BEI DER EIN- REISE PERSÖNLICHE DATEN ERHEBEN (Z.B. FINGERABDRUCK, DIGITALES FOTO USW.)	54.3	54.6	52.7	49.6	58.7	51.9	46.3	54.9	60.1	49.2	58.8
MILITÄRISCH GEGEN TERRORORGANISATIONEN VORGEHEN.....	42.4	45.2	30.5	47.9	37.3	50.0	44.9	39.5	39.2	44.0	41.0
DIE ANHÄNGER VON TERRORORGANISATIONEN DAVON ÜBERZEUGEN, DASS IHRE ANSICHTEN UND IHR VORGEHEN FALSCH SIND.....	40.8	43.2	30.3	39.1	42.4	38.5	38.6	40.8	43.4	45.2	36.8
MILITÄRISCH GEGEN LÄNDER VORGEHEN, DIE TERRORISTEN UNTER- STÜTZEN ODER IHNEN ZUFLUCHT GEWAHREN...	26.5	28.8	16.3	32.1	21.2	31.4	23.5	18.9	32.1	26.2	26.7
WAFFEN AN GRUPPEN LIEFERN, DIE VON TERRORISTEN BEDROHT WERDEN.....	17.9	19.5	10.8	21.5	14.5	19.2	12.9	19.2	19.2	20.5	15.5

HALBGRUPPE A..... 781

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINIGE MÖGLICHKEITEN AUFGESCHRIEBEN, WIE MAN GEGEN DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS VORGEHEN KANN. WAS MEINEN SIE: WAS SOLLTE MAN INTERNATIONAL TUN, WIE SOLLTE DIE STAATENGEMEINSCHAFT GEGEN DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS VORGEHEN? BITTE LEGEN SIE EINFACH DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 52/A)

	ANHÄNGER DER -						DEUTSCHLAND SOLLTE IN DER WELT		
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	MEHR VERANT- WORTUNG ÜBERNEHMEN	SICH ZURÜCK- HALTEN	VERHÄLT S. GENAU RICHTIG
Basis	323	217	9	110	52	44	130	325	231
DAFÜR SORGEN, DASS DIE EIN- BZW. AUS- REISE V. TERRORISTEN UND ANHÄNGERN VON TERRORORGANISATIONEN GESTOPPT WIRD.....	86.7	79.6	91.5	82.8	74.6	83.1	86.1	82.1	84.3
TERRORVERDÄCHTIGE ÜBERWACHEN.....	86.1	85.4	86.1	71.3	72.0	81.5	83.6	83.7	84.2
DIE KONTEN VON TERRORISTEN UND UNTERSTÜTZERN SPERREN.....	73.2	78.8	60.0	74.1	72.4	80.0	70.4	76.6	80.5
WIRTSCHAFTSSANKTIO- NEN GEGEN LÄNDER VERHÄNGEN, DIE TERRORISTEN UNTER- STÜTZEN ODER IHNEN ZUFLUCHT GEWÄHREN (Z.B. STRAFZÖLLE ER- HEBEN, WAFFENLIEFE- RUNGEN IN SOLCHE LÄNDER VERBIETEN USW.).....	76.3	78.7	49.4	63.7	60.6	58.5	82.4	70.2	76.4
DAFÜR SORGEN, DASS POLIZEI UND GEHEIM- DIENSTE DER VER- SCHIEDENEN LÄNDER EINFACHER UND SCHNELLER IHRE DATEN ÜBER TERRORISTEN AUSTAUSCHEN.....	77.6	71.3	70.0	60.8	51.1	69.7	78.4	69.5	74.2
EINE INTERNATIONALE BEHÖRDE EINRICHTEN, DIE INFORMATIONEN ÜBER TERRORISTEN SAMMELT UND DEN EINZELEN LÄNDERN ZUR VERFÜGUNG STELLT....	66.3	58.0	82.4	66.2	61.7	60.3	67.5	65.9	63.6

HALBGRUPPE A..... 781

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINIGE MÖGLICHKEITEN AUFGESCHRIEBEN, WIE MAN GEGEN DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS VORGEHEN KANN. WAS MEINEN SIE: WAS SOLLTE MAN INTERNATIONAL TUN, WIE SOLLTE DIE STAATENGEMEINSCHAFT GEGEN DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS VORGEHEN? BITTE LEGEN SIE EINFACH DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 52/A)

	ANHÄNGER DER -						DEUTSCHLAND SOLLTE IN DER WELT		
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	MEHR VERANT- WORTUNG ÜBERNEHMEN	SICH ZURÜCK- HALTEN	VERHÄLT S. GENAU RICHTIG
Basis	323	217	9	110	52	44	130	325	231
DAFÜR SORGEN, DASS MÖGLICHST VIELE LÄNDER BANKKONTEN KONTROLLIEREN, UM GELDGESCHÄFTE VON TERRORISTEN AUF- ZUDECKEN UND ZU VERHINDERN.....	60.6	61.0	27.3	58.5	51.8	64.8	59.2	64.6	61.3
KONTAKTE, BEZIE- HUNGEN ZU LÄNDERN ABBRECHEN, DIE TERRORISTEN UNTER- STÜTZEN ODER IHNEN ZUFLUCHT GEWAHREN...	59.2	59.3	39.3	46.7	46.2	42.3	47.6	57.5	60.5
IN MÖGLICHST VIELEN LÄNDERN BEI DER EIN- REISE PERSÖNLICHE DATEN ERHEBEN (Z.B. FINGERABDRUCK, DIGITALES FOTO USW.)	61.2	51.5	61.4	33.0	41.5	74.3	42.7	59.7	57.3
MILITÄRISCH GEGEN TERRORORGANISATIONEN VORGEHEN.....	50.3	38.3	53.7	30.0	17.7	51.1	54.5	39.4	40.7
DIE ANHÄNGER VON TERRORORGANISATIONEN DAVON ÜBERZEUGEN, DASS IHRE ANSICHTEN UND IHR VORGEHEN FALSCH SIND.....	39.7	40.8	35.5	54.6	46.8	16.8	51.2	33.9	48.6
MILITÄRISCH GEGEN LÄNDER VORGEHEN, DIE TERRORISTEN UNTER- STÜTZEN ODER IHNEN ZUFLUCHT GEWAHREN...	30.5	28.4	25.1	14.3	7.2	35.9	36.3	22.9	29.7
WAFFEN AN GRUPPEN LIEFERN, DIE VON TERRORISTEN BEDROHT WERDEN.....	17.7	18.2	-	19.9	4.9	30.6	24.3	17.7	16.7

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	584	197	781	Personen
B	519	205	724	Personen
Insgesamt	1103	402	1505	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse verallgemeinert werden dürfen.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 440 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 1. bis 13. November 2014 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.032

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.032 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage November 2014			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>19</u>
	100	100	100	100
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	14	14	14	14
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	<u>8</u>	<u>8</u>	<u>8</u>	<u>8</u>
	100	100	100	100
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	<u>30</u>	<u>30</u>	<u>30</u>	<u>30</u>
	100	100	100	100
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	<u>51</u>	<u>51</u>	<u>51</u>	<u>51</u>
	100	100	100	100
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	21	21	21	21
45 - 59 Jahre	28	28	28	28
60 Jahre und älter	<u>33</u>	<u>33</u>	<u>33</u>	<u>33</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2013

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.032 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage November 2014			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	61	61	61	61
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>
	100	100	100	100
<u>BERUFSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	14	14	14	13
Angestellte	37	38	37	38
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	7	6	7	7
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	52	52	52	53
- Männer	26	26	26	27
- Frauen	26	26	26	26
Ledig	31	31	31	31
Verwitwet, geschieden	<u>17</u>	<u>17</u>	<u>17</u>	<u>16</u>
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	24	24	24	24
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	17	17
- 4 Personen	14	14	15	14
- 5 und mehr Personen	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>4</u>	<u>5</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2013

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 11032
November 2014

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu neutralen Themen:

1. T	"Zu einem anderen Thema: Sollte Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen, oder sollten wir uns da zurückhalten?"	SOLLTE MEHR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN 1 SOLLTEN UNS DA ZURÜCKHALTEN .. 2 WEDER NOCH, GENAU RICHTIG..... 3 UNENTSCHIEDEN 4
---------	--	--

2. T	"Wie denken Sie darüber: Finden Sie, wir müssen damit rechnen, dass noch einmal ein neuer Weltkrieg kommt, oder glauben Sie, es wird niemand mehr einen großen Krieg riskieren?"	MIT WELTKRIEG RECHNEN 1 WIRD NIEMAND RISKIEREN 2 UNENTSCHIEDEN 3
---------	---	--

3.	"Wie ist Ihr Eindruck: Kommt es in den letzten Jahren weltweit häufiger zu gewaltsamen Konflikten und Krisen als früher, oder seltener, oder hat sich da in den letzten Jahren nicht viel verändert?"	HÄUFIGER 1* SELTENER..... 2 NICHT VIEL VERÄNDERT 3 KEINE ANGABE 4
----	--	--

*	"Und wie stark beunruhigt Sie die zunehmende Zahl an gewaltsamen Konflikten und Krisen auf der Welt? Beunruhigt Sie das sehr stark, stark, weniger stark, oder kaum, gar nicht?"	SEHR STARK 1 STARK 2 WENIGER STARK 3 KAUM, GAR NICHT 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
---	--	---

4. T	INTERVIEWER überreicht graue Liste 1 ! "Es gibt ja verschiedene Ansichten darüber, wie Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen kann. Hier sind einige Möglichkeiten aufgeschrieben. Was davon würden Sie alles nennen?" (Alles Genannte einkreisen!)	
---------	---	--

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 /

	NICHTS DAVON 0 KEINE ANGABE 9
--	--

In der repräsentativen Halbgruppe A:

5. t	"Es wird ja immer wieder gefordert, Deutschland müsse sich militärisch stärker engagieren. Sehen Sie das auch so, steht Deutschland in der Verantwortung, sich bei Konflikten in der Welt militärisch stärker zu engagieren als bisher, oder halten Sie das bisherige militärische Engagement für ausreichend?"	STÄRKER ENGAGIEREN 1 ENGAGEMENT AUSREICHEND 2 MACHEN BEREITS ZU VIEL 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4
---------	---	--

In der repräsentativen Halbgruppe B:

5. T	"Die Bundeswehr beteiligt sich seit einigen Jahren häufiger an Auslandseinsätzen, zum Beispiel auf dem Balkan, in Afrika und Afghanistan. Wie sehen Sie das: Sollte sich die Bundeswehr auch zukünftig an solchen Auslandseinsätzen beteiligen, oder sollte sich Deutschland zukünftig aus solchen Auslandseinsätzen heraushalten?"	BETEILIGEN 1 HERAUSHALTEN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
---------	---	--

6. "Einmal unabhängig davon, wie Sie zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr stehen:
 T Glauben Sie, dass sich solche Einsätze aufgrund der Mitgliedschaft Deutschlands in NATO und UNO gar nicht vermeiden lassen, oder kann Deutschland sich aus solchen Auslandseinsätzen heraushalten?"

LASSEN SICH NICHT VERMEIDEN 1
 KANN SICH HERAUSHALTEN 2
 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

7. INTERVIEWER überreicht **grüne** Liste 2 !

"Deutschland kann sich ja auf vielerlei Weise in Krisenregionen engagieren. Hier auf der Liste sind verschiedene Möglichkeiten aufgeschrieben. Sind darunter welche, die Sie bei Konflikten in Krisenregionen in Ordnung finden?" (Alles Genannte einkreisen!)

JA, und zwar: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /

NEIN, KEINE DAVON..... X
 KEINE ANGABE Y

In der repräsentativen Halbgruppe B:

7. INTERVIEWER überreicht **grüne** Liste 2 !

"Es gibt zurzeit ganz verschiedene Krisenregionen auf der Welt. Welche dieser Krisen halten Sie für so gefährlich, dass davon auch für Deutschland eine Gefahr ausgehen könnte?" (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 /

KEINE DAVON..... 0
 KEINE ANGABE 9

In der repräsentativen Halbgruppe A:

8. INTERVIEWER überreicht **gelbe** Liste 3 !

"Man kann ja unterschiedlicher Ansicht sein, unter welchen Umständen sich Deutschland in Krisenregionen engagieren sollte. Hier auf der Liste sind einmal verschiedene Situationen aufgeschrieben: Unter welchen Umständen ist Deutschland Ihrer Meinung nach gezwungen, sich in Krisenregionen einzusetzen?" (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
 / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 /

KEINE ANGABE 9

In der repräsentativen Halbgruppe B:

8. INTERVIEWER überreicht **gelbe** Liste 3 !
 T

"Man kann ja unterschiedlicher Ansicht darüber sein, wann die Bundeswehr im Ausland eingesetzt werden sollte, wann Auslandseinsätze der Bundeswehr gerechtfertigt sind. Hier auf dieser Liste sind einmal verschiedene Situationen aufgeschrieben: Bei welchen davon sollte Ihrer Ansicht nach die Bundeswehr im Ausland eingesetzt werden?" (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 /

KEINE ANGABE 0

In der repräsentativen Halbgruppe A:

9. a)	"Wie ist Ihr Eindruck: Waren die Militäreinsätze, an denen Deutschland in den letzten Jahren beteiligt war, alles in allem eher erfolgreich, oder eher nicht erfolgreich?"	ERFOLGREICH 1 NICHT ERFOLGREICH 2 UNENTSCIEDEN, KEINE ANGABE 3
-------	---	---

In der repräsentativen Halbgruppe B:

9. a)	"Wie ist Ihr Eindruck: War der internationale Militäreinsatz in Afghanistan, an dem Deutschland beteiligt war, alles in allem eher erfolgreich, oder eher nicht erfolgreich?"	ERFOLGREICH 1 NICHT ERFOLGREICH 2 UNENTSCIEDEN, KEINE ANGABE 3
b)	"Und wie sehen Sie das für den Militäreinsatz der USA im Irak: War der Einsatz der Amerikaner alles in allem eher erfolgreich, oder eher nicht erfolgreich?"	ERFOLGREICH 4 NICHT ERFOLGREICH 5 UNENTSCIEDEN, KEINE ANGABE 6

10. t	"Auf das Verhalten Russlands gegenüber der Ukraine hat die EU ja mit Wirtschaftssanktionen reagiert. Finden Sie die Reaktion der EU angemessen, oder sind die Sanktionen zu hart, oder gehen die Sanktionen nicht weit genug?"	ANGEMESSEN 1 ZU HART 2 NICHT WEIT GENUG 3 UNENTSCIEDEN, KEINE ANGABE 4
-------	--	--

11.	"Wie sehen Sie das: Hat sich der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine in den letzten Wochen beruhigt, oder ist das nicht der Fall?"	BERUHIGT 1 NICHT DER FALL 2 HAT SICH VERSCHÄRFT 3 UNENTSCIEDEN, KEINE ANGABE 4
-----	--	--

12.	"Im Irak befindet sich derzeit die islamistische Terrorgruppe 'Islamischer Staat', auch bekannt unter dem Namen IS, auf dem Vormarsch. Die Terroristen haben einen islamischen Gottesstaat ausgerufen und töten Andersgläubige. Wie stark beunruhigt Sie das Vorgehen der Terrororganisation IS? Beunruhigt Sie das..."	"sehr stark" 1 "stark" 2 "weniger stark" 3 "kaum, gar nicht" 4 KEINE ANGABE 5
-----	---	---

In der repräsentativen Halbgruppe A:

13. t	"Was meinen Sie: Wie groß ist die Gefahr, die in Deutschland von radikalen islamischen Gruppen wie z.B dem IS ausgeht? Würden Sie sagen ..."	"sehr groß" 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "gar nicht groß" 4 UNENTSCIEDEN 5
-------	---	---

In der repräsentativen Halbgruppe B:

13. t	"Was meinen Sie: Wie groß ist die Gefahr, die weltweit von radikalen islamischen Gruppen wie z.B dem IS ausgeht? Würden Sie sagen ..."	"sehr groß" 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "gar nicht groß" 4 UNENTSCIEDEN 5
-------	---	---

In der repräsentativen Halbgruppe A:14.
tINTERVIEWER überreicht **blaues** Kartenspiel !

"Hier auf den Karten sind einige Möglichkeiten aufgeschrieben, wie man gegen den internationalen Terrorismus vorgehen kann. Was meinen Sie: Was sollte man international tun, wie sollte die Staatengemeinschaft gegen den internationalen Terrorismus vorgehen? Bitte legen Sie einfach die entsprechenden Karten heraus." (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 /

NICHTS DAVON 0
KEINE ANGABE 9

In der repräsentativen Halbgruppe B:

14.

INTERVIEWER überreicht **weiße** Liste 4 !

"Es wird viel darüber diskutiert, wie man gegen die Terrororganisation IS vorgehen kann. Hier sind einmal verschiedene Möglichkeiten. Welche davon halten Sie für besonders wichtig?"
(Mehreres kann angegeben werden! - Alles Genannte einkreisen!)

MÖGLICHKEIT 1 (BESIEGEN) 1
MÖGLICHKEIT 2 (ÜBERZEUGEN) 2
MÖGLICHKEIT 3 (AUSSPERREN) 3
UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 4

L I S T E 1

Wie kann Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen?

- (1) Durch unsere Mitgliedschaft in der NATO
- (2) Durch ein eigenständiges Verteidigungsbündnis der EU-Staaten mit einer eigenen Armee
- (3) Durch eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- (4) Durch enge Beziehungen zu den USA
- (5) Durch deutlich höhere Verteidigungsausgaben in Deutschland
- (6) Durch eine Stärkung der Vereinten Nationen, der UNO
- (7) Dadurch, dass die Bundeswehr bei der Lösung von Konflikten außerhalb Europas mitwirkt

L I S T E 2

- (1) Vermittlung zwischen den Konfliktparteien
- (2) Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten oder Lebensmitteln
- (3) Waffenlieferungen an die Konfliktparteien, die man unterstützen möchte
- (4) Ausstattung der Konfliktpartei, die man unterstützen möchte, mit sonstiger Ausrüstung, z.B. mit Schutzhelmen, -westen etc.
- (5) Entsenden von Militärberatern
- (6) Einsatz von Bundeswehrsoldaten bei einer UNO-Friedenstruppe als so genannte Blauhelme
- (7) Teilnahme an NATO-Einsätzen in Krisengebieten
- (8) Finanzielle Hilfen für die Konfliktpartei, die man unterstützen möchte
- (9) Wiederaufbauhilfe z.B. nach einem Bürgerkrieg
- (10) Sanktionen verhängen, um die Konfliktparteien unter Druck zu setzen

L I S T E 2

- (1) Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland
- (2) Das Vorgehen der Terrororganisation IS im Irak und in Syrien
- (3) Der Bürgerkrieg in Syrien
- (4) Die Ausbreitung des Ebola-Virus in Westafrika
- (5) Das Vordringen der Taliban in Afghanistan
- (6) Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern
- (7) Die Bürgerkriege in verschiedenen afrikanischen Ländern, z.B. in Ägypten, Mali oder im Sudan
- (8) Der Konflikt zwischen Nord- und Südkorea

L I S T E 3**Unter welchen Umständen sehen Sie Deutschland gezwungen, sich in Krisenregionen einzusetzen?**

- (1) Wenn von einem Land oder einer Terrororganisation für Deutschland oder seine Verbündeten eine Gefahr ausgeht
- (2) Wenn Terrororganisationen oder Regierungen in einem Land viele Menschen umbringen
- (3) Wenn in einem Land Terroristen ausgebildet werden, die Deutschland und seine Verbündeten bedrohen
- (4) Wenn die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen durch einen Konflikt gefährdet ist
- (5) Wenn Handelswege bedroht sind, z.B. durch Piraten
- (6) Wenn ein Land Hilfe beim Aufbau der Demokratie benötigt
- (7) Wenn es in einem Land zu großen Flüchtlingsströmen kommt und Flüchtlingslager errichtet werden müssen
- (8) Wenn es in einem Land zu einer Katastrophe mit schweren humanitären Folgen kommt, z.B. einem Erdbeben oder einer Epidemie
- (9) Wenn es in einem Land zu schweren Menschenrechtsverletzungen kommt
- (10) Wenn es zwischen zwei Ländern einen Konflikt gibt und ein Krieg droht
- (11) Wenn ein Land, z.B. nach einem Krieg, Wiederaufbauhilfe benötigt
- (12) Wenn die Sicherheit von deutschen Staatsbürgern im Ausland gefährdet ist
- (13) Wenn in einem Land ein Bürgerkrieg herrscht
- (14) Wenn ein Land Staatsgrenzen missachtet und Gebiete eines anderen Staates besetzt
- (15) Deutschland sollte sich generell nicht in Krisenregionen engagieren

L I S T E 3

- (1) Wenn dadurch die Sicherheit Deutschlands erhöht wird
- (2) Um Terrororganisationen in anderen Ländern zu bekämpfen
- (3) Um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern
- (4) Zum Schutz von Handelswegen, z.B. zum Schutz der Schifffahrt vor Piraten
- (5) Um in politisch unsicheren, instabilen Ländern beim Aufbau der Demokratie zu helfen
- (6) Um Flüchtlingen zu helfen und Flüchtlingslager aufzubauen
- (7) Wenn im Ausland ein Katastrophenfall wie z.B. ein Erdbeben eintritt
- (8) Um schwere Menschenrechtsverletzungen in einem anderen Land, z.B. einen Völkermord, zu verhindern
- (9) Auf Auslandseinsätze der Bundeswehr sollte man grundsätzlich verzichten

BILDBLATT 4 entfällt !

L I S T E 4

Möglichkeit 1:

Dass die internationale Gemeinschaft gemeinsam militärisch gegen die Terrororganisation IS vorgeht.

Möglichkeit 2:

Dass man die Anhänger der Terrororganisation IS davon überzeugt, dass ihre Ansichten und ihr Vorgehen falsch sind.

Möglichkeit 3:

Dass jedes Land dafür sorgt, dass keine Terroristen einreisen und auch keine neuen Anhänger ausreisen, um den IS zu unterstützen.

**Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten,
auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war.
Die Interviewer überreichten den Befragten die Karten in
zufälliger Reihenfolge.**

1

Militärisch gegen Länder vorgehen, die Terroristen unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren

1

2

Wirtschaftssanktionen gegen Länder verhängen, die Terroristen unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren (z.B. Strafzölle erheben, Waffenlieferungen in solche Länder verbieten usw.)

2

3

Kontakte, Beziehungen zu Ländern abbrechen, die Terroristen unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren

3

4

Dafür sorgen, dass Polizei und Geheimdienste der verschiedenen Länder einfacher und schneller ihre Daten über Terroristen austauschen

4

5

Eine internationale Behörde einrichten, die Informationen über Terroristen sammelt und den einzelnen Ländern zur Verfügung stellt

5

6

In möglichst vielen Ländern bei der Einreise persönliche Daten erheben (z.B. Fingerabdruck, digitales Foto usw.)

6

7

Dafür sorgen, dass möglichst viele Länder Bankkonten kontrollieren, um Geldgeschäfte von Terroristen aufzudecken und zu verhindern

7

8

Militärisch gegen Terrororganisationen vorgehen

8

6

Die Anhänger von Terrororganisationen davon überzeugen, dass ihre Ansichten und ihr Vorgehen falsch sind

9.

01

Dafür sorgen, dass die Ein- bzw. Ausreise von Terroristen und Anhängern von Terrororganisationen gestoppt wird

10

11

Terrorverdächtige überwachen

11

12

Die Konten von Terroristen und Unterstützern sperren

12

13

Waffen an Gruppen liefern, die von Terroristen bedroht werden

13